

Breslauer



Zeitung.

No. 85. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Sonntag den 19. Februar 1860.

Bekanntmachung.

Die diesjährige ordentliche General-Versammlung der Meißbetheiligten der preussischen Bank wird auf

Freitag den 23. März d. J., Nachmittags 5 1/2 Uhr, hierdurch einberufen, um für das Jahr 1859 den Verwaltungs-Bericht und den Jahres-Abschluss nebst der Nachricht über die Dividende zu empfangen, und die für den Central-Ausschuss nöthigen Wahlen vorzunehmen (Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846 §§ 62, 65, 67, 68, 97 und Gesetz-Sammlung 1857 Seite 240).

Die Versammlung findet im hiesigen Bankgebäude statt. Die Meißbetheiligten werden zu derselben durch besondere, der Post zu übergebende Anschreiben eingeladen.

Breslau, den 16. Februar 1860.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten,
Chef der preussischen Bank.
von der Seydt.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 18. Februar. In heutiger Bundestags-Sitzung beantragte der vereinigte Ausschuss in der holländischen Angelegenheit: Aufforderung zur Erfüllung der Zusicherungen von 1851 und 1852; Zulassung der Delegirten-Versammlung, aber Wahrung der Rechte bezüglich der allgemeinen und besonderen Angelegenheiten. Keine allgemeinen Gesetze ohne Zustimmung der Stände. Abstimmung am 8. März.

London, 18. Februar. Unterhaus. Russell: Was Costus der Regierung über die ungarischen Zustände berichtet, wäre unrathsam, mitzutheilen. Thouvenel habe dem Lord Cowley versichert, daß Napoleon betrefß Savoyens nichts Entscheidendes thun werde, ohne Befragung der Großmächte; auch denke er an Einverleibung überhaupt nicht ohne Savoyens Volkswunsch. Vor endlicher Beschlußnahme wären weitere Unterhandlungen notwendig. Palmerston erklärt, daß man auf Annahme des Handelsvertrages rechne; für den Fall der Vertragsverwerfung wäre keine Uebereinkunft getroffen.

Rom, 14. Februar. Es heißt, England habe für die Legationen ein päpstliches Vicariat vorgeschlagen. Antonelli habe den Vorschlag abgelehnt. Die römische Frage sei eine Principienfrage, worüber das Papstthum sich nicht vergleichen könne.

(Wiederholter Abdruck, da vorstehende Depeschen nicht mehr in alle Exemplare des gestrigen Mittagblattes aufgenommen werden konnte.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Breslauer Börse vom 18. Februar, Nachmittags 2 Uhr. (Angekommen 3 Uhr 15 Min.) Staatsanleihe 84 1/2. Prämien-Anleihe 112 1/2. Neueste Anleihe 104 1/2. Schles. Bank-Verein 72 1/2. Commandit-Anth. 81. Köln-Minden 121. Freiburger 79 1/2. Ober-Schlesische Litt. A. 108 1/2. Ober-Schles. Litt. B. —. Wilhelmshafen —. Rhein. Aktien 80 1/2. Darmstädter 60 1/2. Deutscher Bank-Aktien 20 1/2. Oesterreich. Kredit-Aktien 73. Oester. National-Anleihe 58 1/2. Wien 2 Monate 74 1/2. Medlenburger —. Meißb. Brieger —. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Aktien 131 1/2. Tarnowitzer 29 1/2. — Sehr fest.

Wien, 18. Februar, Mittags 12 1/2 Uhr. Credit-Aktien 194, 50. National-Anleihe 77, 60. London 132, —.

Breslau, 18. Februar. Roggen: höher. Februar-März 47 1/2, Frühjahr 47 1/2, Mai-Juni 47 1/2, Juni-Juli 47 1/2. — Spiritus: ruhiger. Februar-März 17, Frühjahr 17 1/2, Mai-Juni 17 1/2, Juni-Juli 17 1/2, Juli-August 18. — Rübol: matt. Februar-März 10 1/2, Frühjahr 11 1/2.

Telegraphische Nachrichten.

Mailand, 15. Februar. Der König ist heute Nachmittag hier angekommen; ebenso sämtliche diplomatische Vertreter am turiner Hofe. Der Kommandant von Mailand hat aus Anlaß des Besuchs des Königs 60,000 Lire für eine Stiftung votirt. Die „Gazetta di Modena“ vom 15ten d. M. meldet: Der Porto Corfini di Ravenna ist als Nationalhafen erklärt und sind 500,000 Lire für Hafnarbeiten decretirt worden.

Inhalts-Übersicht.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.
Das Abgeordnetenhaus und die Geldbewilligung.
Preußen. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Berlin. (Zur Charakteristik der österreichischen Politik.) (Vom Hofe. Personalien. Köln. Synode.)
Deutschland. Aus dem Schleswiger. (Aus der Ständeversammlung.) Frankfurt. (Vom Bundestage.) (Hr. v. Gagern.) Aus Baden. (Militärisches.)
Oesterreich. Wien. Die Mission des Prinzen von Hessen verlag. (Kriegsvorbereitungen.)
Schweiz. Bern. (Die Savoyen-Agitation zu Gunsten der Schweiz.)
Frankreich. Paris. (Die Annerion.)
Großbritannien. London. (Meeting der Conservativen.)
Fenilleton. Breslau. (Sonntagsblätterchen. — Berliner Plaudereien. — Kleine Mittheilungen.)
Provinzial-Zeitung. Breslau. (Kirchliches.) — (Amtlicher Bericht über die letzte Sitzung der Stadtverordneten.) — (Tagesbericht.) — (Korrespondenzen aus: Löwenberg, Reichenbach.)
Nachrichten aus dem Großherzogthum Vosen.
Gesetzgebung u. Breslau. (Schwurgericht.)
Handel. Vom Geld- und Productenmarkt.
Vorträge und Vereine. — Sprechsaal.
Inhalts-Übersicht zu Nr. 84 (gestriges Mittagblatt).
Telegraphische Depeschen und Nachrichten.
Preußen. Landtag. Berlin. (Amtliches.)
Polales.
Telegraphische Course u. Börsen-Nachrichten. Productenmarkt.

Das Abgeordnetenhaus und die Geldbewilligung.

Wir sprachen neulich die Hoffnung aus, daß sich unsere Abgeordneten selbst die Frage vorlegen würden, ob sie ohne Vollendung der Gesetze, welche zum Ausbau unserer Verfassung unumgänglich notwendig sind, ohne Beseitigung jener Hemmnisse, welche immer noch der freien Entfaltung unserer Kräfte entgegenstehen, wiederum nur

mit Geldbewilligungen mit gutem Gewissen zu ihren Wählern zurückkehren können. Seit dem hat das Herrenhaus für Alle, welche etwa noch einen Zweifel gehabt haben, von Neuem den vollen Beweis geliefert, daß es sich mit bewußter Entschlossenheit den Forderungen der Verfassung wie den Wünschen des bei Weitem größten Theils der Nation und der Regierung entgegen stemmt. Wenn die „Kreuzzeitung“ nicht in der Lage ist, sich über das Votum des Herrenhauses zu beklagen, so freuen wir uns, mit dem ehrenwerthen Blatte uns wieder einmal in Uebereinstimmung zu befinden, denn von unserem Standpunkte aus beklagen wir die Verwerfung des Ipenplig'schen Amendements noch weit weniger, einmal weil statt des dürftigen und der Wichtigkeit des Gegenstandes ganz unangemessenen Palliativmittels der Noth-Civilehe es lieber bei dem jetzigen Zustande verbleiben mag, das anderemal aber, weil diese Art von Opposition des Herrenhauses, welche grundsätzlich jeder, auch nur der leisensten Annäherung an eine Forderung der Zeit widerstrebt, ganz geeignet ist, — wenn sich etwa noch ein Anhänger des Herrenhauses im Volke finden sollte, auch diesem vollständig die Augen zu öffnen. Die Debatte hat es über allen Zweifel erhaben, daß die Opposition des Herrenhauses sich auf einer ganz anderen Bildungsstufe befindet, als der weitaus größte Theil der preussischen Nation; wer im Auslande nichts Anderes liest, als die Reden der Oppositionshäupter des Herrenhauses, muß glauben, daß das preussische Volk plötzlich in das sechszehnte Jahrhundert zurückversetzt worden sei.

So tritt die oft gestellte Frage immer näher an uns heran und verlangt immer gebieterischer eine kategorische Antwort: ist es möglich, daß ein kleiner Bruchtheil der Nation, der mit Ausnahme etlicher Familien keine Wähler, mithin keinen Theil des Volkes hinter sich hat, der allseitig drängenden, ja für die deutsche und europäische Wachststellung unseres Staates notwendigen Entwicklung schroff widerstreben kann, für Nichts und wider Nichts als einzigen Alternativen, von der Bildung des neunzehnten Jahrhunderts längst abgethanen Anschauungen zu Liebe? Und man wird uns einräumen, daß diese Klarheit der Situation von einer weit umfassenderen Bedeutung ist, als die Annahme des Ipenplig'schen Amendements — denn, nebenbei gesagt, wenn wir Alles so gewiß wüßten, als daß nun hoffentlich nicht mehr die facultative, sondern die obligatorische Civilehe sich in Preußen doch Bahn brechen wird, so könnten wir ruhig die Hände in den Schooß legen.

Die Debatten des Herrenhauses erinnerten uns lebhaft an die Zeit, als nach dem Schlusse des vereinigten Landtages die sogenannten Ausschüsse in Berlin die Paragraphen des Strafgesetzbuches berietheu: schon rollten die Donner der Februarrevolution von Frankreich her, schon zitterten die deutschen Staaten in ihren Grundvesten, aber unsere Ausschüsse saßen immer noch in gemüthlicher Ruhe und stritten sich über die weltgeschichtliche Frage, ob für diesen oder jenen Fall die körperliche Züchtigung als Strafe beizubehalten sei oder nicht; es lag darin eine äußerst lebenswürdige Unbefangenheit, welche den Gedanken gar nicht aufkommen ließ, daß Preußen auch in Europa läge. So scheint auch für die Opposition des Herrenhauses Preußen nichts weiter zu sein, als die etwas vergrößerte Mark Brandenburg; daß die Pläne Napoleons III. immer deutlicher zu Tage treten, daß die Veränderungen in Italien für die Ruhe Europa's von Neuem gefährlich werden, daß die Zeit vielleicht nicht fern ist, wo Preußen seiner ganzen Volkstraft bedarf, um für seine und Deutschlands Ehre den Kampf aufzunehmen, daß die innige Einigkeit zwischen Regierung und Volk für die Stärke gerade Preußens ein sehr wichtiger Factor ist — ah wozu diese Fragen? Der deutsche Bund wird unser Contingent schon auch mit in die Waffen rufen; natürlich müssen vorher alle Instruktionen eingegangen sein; bis dahin ist die Verwerfung der Noth-Civilehe der hohe Standpunkt den wir einnehmen, die hohe Warte, von welcher aus wir die europäische Verwicklung an uns kommen lassen. Nun wir hoffen, daß selbst Napoleon III. bei der Beurtheilung des preussischen Sinnes und Maßes einen andern Maßstab anlegt, als die Debatten des Herrenhauses.

Daß die Grundsteuergesetze natürlich auch fallen, daß die Aufhebung der Buchergesetze, trotz oder vielmehr weil die competenten Handlungskammern sich für diese Maßregel ausgesprochen haben, nicht durchgeführt, daß an der Kreis- und Gemeindeordnung nicht gerüttelt werden darf, — es giebt wohl Niemanden, der hierüber noch Zweifel hege. Nur Eins ist sicher: die Militär-Vorlagen werden vom Herrenhause angenommen; die Gründe dafür liegen nahe.

Wir haben nicht nöthig, uns gegen den Vorwurf zu vertheidigen, als seien wir Gegner der neuen Militär-Organisation; wir haben, noch ehe dieselbe in ihren Grundzügen bekannt war, oft und entschieden darauf hingewiesen, daß gegenüber der gefährlichen Lage Europas, gegenüber den von allen Großmächten unternommenen Reformen und Rüstungen Preußen nicht allein still stehen darf; wir räumen die Möglichkeit ein, daß die neuen Einrichtungen vielleicht mit etwas geringeren Opfern ins Werk gesetzt werden können, aber wir meinen auch andererseits, daß, wo es sich um die Größe und Wachststellung, um die ganze Zukunft unseres Vaterlandes handelt, nicht gemäkelt werden darf.

Das Alles aber schließt nicht aus, ja es tritt vielmehr gebieterischer machend an uns heran, daß wir unsere Abgeordneten nochmals zur gewissenhaftesten Erwägung auffordern, nicht bloß der Militär-Vorlagen und der geforderten Geldbewilligung, sondern vielmehr unserer ganzen inneren Situation. Es handelt sich um die wichtige Frage, ob die Stärke Preußens allein im bewaffneten Heere beruht oder ob nicht in der Zeit der Gefahr das bewaffnete Heer durch die Tüchtigkeit des ganzen Volkes unterstützt werden muß, und ob diese Tüchtigkeit des Volkes gefördert werden kann, wenn ihm von Tag zu Tag immer mehr der Beweis in die Hand gegeben wird, daß alle Arbeit für den Ausbau unserer Verfassung, alle Anstrengungen für eine freiherrliche Entwicklung vergeblich sind. Soll das Volk mehr Lasten tragen, so

müssen auch seine geistigen und materiellen Kräfte mehr geweckt, nicht aber ihnen Hemmschuh über Hemmschuh angelegt werden. Sicher hatte das preussische Volk in den Jahren 1808—1815 mehr Dvier zu bringen, als ihm heute zugemuthet werden, aber die Stein'sche Gesetzgebung machte diese Opfer erst möglich, weil man den ersten Willen sah, dem Volke die freie Bewegung der Kräfte zurückzugeben und das Selbstbewußtsein zu heben. So ist es heute: die Frage unserer inneren Entwicklung ist von der Verathung über die Militär-Vorlagen und die Geldbewilligungen gar nicht zu trennen. Die Verfassung selbst bietet die Mittel dazu. Die Lage ist von so immenser Wichtigkeit, daß es Pflicht des Abgeordneten-Hauses ist, vor der Verathung unsere innere Situation an allerhöchster Stelle offen und klar darzulegen; die Opposition des Herrenhauses hat ihr Möglichstes gethan, um jede etwa noch vorhandene Hoffnung der Verständigung niederzuschlagen. Eine Adresse des Abgeordneten-Hauses an Se. königliche Hoheit den Prinz-Regenten ist der einzige Schritt, welcher den Vertretern des Volkes noch übrig bleibt.

Preußen.

P. C. Dreizehnte Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präs. Simson eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr. Am Minister-Tische: v. Auerswald, v. Batow, v. Bethmann-Hollweg und ein Regierungs-Kommissar. — Die Tribünen sind besetzt, doch nicht überfüllt. In der Hof-Loge: Prinz Friedrich Wilhelm.

Der Präs. publicirt die Namen der durch die Abtheilungen heute gewählten Kommission zur Vorberathung der Militär-Vorlagen. (S. Nr. 84 d. B.) Die Abg. Kaiser und Gen. Mitglieder der Fraction Vädler, Abg. Hartort u. A.) beantragen, die Regierung um möglichst baldige Vorlage eines Forstkulturgeetzes zur Verhütung der immer mehr um sich greifenden Entwaldung des Landes zu eruchen. Dieser Antrag geht an die Agrar-Kommission.

Die beiden Abg. Reichensperger und Gen. haben den Antrag eingebracht, die Erwartung auszusprechen, daß für das künftige Jahr Vorlo ge getroffen werde, daß das Grundsteuer-Kontingent der beiden westlichen Provinzen sowie der Provinzen Sachsen und Schlesien um 20 pCt. herabgesetzt werden könne, event. „um zehn pCt.“ — Dieser Antrag geht an die Finanz-Kommission.

Auf der Tagesordnung stehen die vier Grundsteuer-Vorlagen; die General-Diskussion beginnt.

Der erste und principielle Gesetzentwurf, „über die anderweite Regelung der Grundsteuer“, leitet die drei andern ein: im § 1 die Gebäude-Steuer (welche näher in der zweiten Vorlage behandelt wird) und im § 2 den dritten Gesetzentwurf wegen der Grundsteuer von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken, sowie den vierten wegen der dafür zu gewährenden Entschädigung, und setzt in den folgenden §§ das Nähere in Bezug auf die Grundsteuer wegen der neuen allgemeinen Grundsteuer fest.

Der Eingang dieses ersten Gesetzentwurfs ist als Charakteristik in der ganzen preussischen Gesetzgebung. Er erzählt in wenig Zeilen die fünfzigjährige Geschichte der Grundsteuerfrage. „Zur Erledigung“ der Vertheilungen in den Finanz-Edicten vom 27. Oktober 1810 und vom 7. Sept. 1811, ferner des Vorbehalts in dem Ges. wegen des Abgabewesens vom 30. Mai 1820, ferner des Art. 101 der Ver., endlich zur „Ausführung“ des Gesetzes vom 24. Febr. 1850, wird dieses Gesetz erlassen. Damit sind die Daten der verschiedenen Stadien angedeutet, welche die Grundsteuerfrage durchlaufen wird.

Die weitere Ausführung dieser historischen Skizze giebt der vorjährige (vom Abg. v. Bonin (Centim) verfaßte) Kommissions-Bericht über den Gesetzentwurf I. Der Vorbehalt aus dem Jahre 1820 ging dahin, die 1810 „zugelegte Revision“ der Grundsteuerfrage mit den Provinzialständen zu berathen. Neue Anregungen von den rhein. und westfäl. Landtagen wurden, wenn auch nicht principiell, in den Landtagsabschieden von 1827, 1829 und 1832 zurückgewiesen. So „ruhte die Frage wegen einer gleichmäßigen Veranlagung der Grundsteuer durch die ganze Monarchie 37 Jahre lang“, bis 1847. Aber die Grundsteuergesetzgebung überhaupt nicht. Im Jahre 1847 wurde für die westlichen Provinzen die Aufnahme eines vollständigen Parzellen-Katasters und die Ausgleichung der etatsmäßigen Grundsteuer nach Maßgabe desselben angeordnet, bis 1835 durchgeführt und das Resultat durch das Grundsteuergesetz für die westlichen Provinzen vom 20. Jan. 1839 sanctionirt. Für die östlichen Provinzen wurde die durch das Ges. vom 30. Mai 1820 angeordnete Abhebung oder Ermäßigung gewisser Steuer-Gattungen bemittelt, um namentlich in den an Preußen abgetretenen Theilen der sächsischen Erblande und in der Nieder-Laufitz, das Prinzip der gleichmäßigen Veranlagung der Grundsteuer durch Beseitigung der drückendsten Prägravationen zur Anerkennung zu bringen; ferner (1834) für West-Preußen die anderweite Regulirung des Realzinsgeldes und dessen Umwandlung in eine Haussteuer, für Sinterpommern (1835) statt der Vieh- und Zuchsteuer, und für Alt-Pommern statt des Nebenmodus und der Quartalssteuer die Veranlagung einer neuen Haus- und Grundsteuer angeordnet, und endlich für den größten Theil der Provinz Pommern eine Verordnung über die anderweite Regulirung der Grundsteuer unterm 14. Oktober 1844 erlassen.

Der erste Schritt zu der 1810 verheißenen allem. Regulirung der Grundsteuer geschah 1847. Auf dem vereinigten Landtage sprach sich die mit der Verathung zahlreicher, diesen Gegenstand betreffenden Petitionen beauftragte Abtheilung der Curie der drei Stände mit 11 gegen 5 Stimmen dahin aus, daß bei der Staatsregierung auf Regulirung der Grundsteuer nach gleichen Grundsätzen unter Befreiigung aller Bevorzugungen anzutragen sei. Obgleich nicht mehr im Plenum beraten, regte dieser Antrag doch das Ministerium zu einleitenden Maßregeln an. Diese Einleitungen wurden durch die März-Ereignisse 1848 unterbrochen. Die Arbeiten der Commission der National-Versammlung über den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf wegen der Grundsteuer „nach Verhältnis des Reinertrages“ wurden wieder durch die November- und December-Ereignisse 1848 unterbrochen. In der Ver.-Urk. vom 5. Decbr. 1848, so wie in dem gleichzeitigen Patente wurden baldigt Vorlagen wegen Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Einführung einer allgemeinen Grundsteuer zugesagt. Die Vorlage kam am 22. Jan. 1850, konnte aber nicht mehr durchberathen werden, und beide Kammern einigten sich mit der Regierung zu einem abgeklärten Gesetzentwurf, der als Gesetz vom 14. Febr. 1850 publicirt, die Aufhebung aller Befreiungen und Bevorzugungen als Regel aufstellte; die im öffentlichen Interesse zu machenden Ausnahmen bestanden; die Veranlagung der Grundsteuer von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken für die westl. Provinzen nach Maßgabe des Ges. vom 21. Jan. 1839 anordnete, für die östl. Provinzen aber dem Finanzminister nach Maßgabe der von ihm zu ertheilenden Instruktionen übertrag; die Sanctionirung des Resultats der vorläufigen Veranlagung einem besondern Gesetze überließ; und endlich die Entscheidung über die etwa zu leistende Entschädigung ausdrücklich vorbehielt. — Die Verhandlungen aus den letzten Jahren, wo die Grundsteuerfrage die zweite Kammer seit 1851 jedes Jahr sowohl in Folge von Regierungs-Vorlagen als von Anträgen aus dem Kreise der Abgeordneten zum Theil sehr eingehend beschäftigt hat, sind noch in Erinnerung.

Bei der heutigen Debatte ist zu dem § 3 des ersten Gesetzentwurfes, welcher Paragraph den Grundsatz der „anderweiten Regelung“ aufstellt, ein

Amendement vom Abg. Wenda und Benßen — einer großen Zahl von bedeutenden Mitgliedern der Fraktion Binde eingebracht, wonach die Grundsteuer in allen Provinzen auf einen gleichmäßigen Prozentsatz des Reinertrages „von höchstens acht Prozent“ festgestellt, und die Feststellung dieses Prozentsatzes und die Bestimmung des Zeitpunktes für den Beginn der Erhebung einem besondern Gesetze vorbehalten werden soll — während Regierung und Commission den Prozentsatz gleich auf 8 pCt. definitiv feststellen und nur den Zeitpunkt einem besondern Gesetze vorbehalten wollen.

Zuerst ergreift das Wort: Dr. Kiedel, Berichterstatter: Das Gesetz vom 24. Februar 1850 habe bereits die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen angeordnet. Dennoch bestohe diese Befreiung gegenwärtig fort. Der vorliegende Gesetz-Entwurf beachtete endlich eine allgemeine und durchgreifende Aenderung. Er verordnete eine gleichmäßige Erhebung der landesüblichen Grundsteuer in allen Provinzen, ermäßigte die bisher noch vorhandenen Ueberbürdungen und setzte eine Entschädigung für die bisher befreiten und neubelasteten Grundstücke. Diese Entschädigung werde die Gesamtheit zu tragen haben. Die Commission habe den Principien der Regierung im Einzelnen und im Ganzen ihre Zustimmung gegeben, und beantrage deshalb die Annahme des Entwurfes mit den betreffenden Aenderungen.

Graf Caniz: Es sei in dieser Frage viel von Reaction, Junkerthum u. dgl. die Rede gewesen, und sie sei leider mit allen Irrthümern und Vorurtheilen in Fleisch und Blut der Menge übergegangen. Er könne aber versichern, daß er und seine Gesinnungsgenossen dieselbe mit vollster Unbefangenheit behandeln und nur das allgemeine Interesse im Auge haben würden. Seine Bedenken seien zuerst principieller Art. Nicht der große, ablige Grundbesitz, sondern der gekammte Grundbesitz, und namentlich der kleine würden davon betroffen werden. Gerade die bisher steuerfrei oder für steuerfrei gehaltenen Grundbesitzer würden nur ein geringes Opfer bringen, wenn es sich um eine Aufhebung der Steuerbefreiung gegen Entschädigung handle. Die großen Grundbesitzer hätten also nichts gegen diesen Theil des Entwurfes einzuwenden; auch sei ja die Aufhebung der Befreiung bereits gesetzlich ausgesprochen. Was seine formellen Bedenken betreffe, so wolle er nicht mit Bekannten ermühen, und nur hervorheben, daß lange und tausendfältige Erfahrung bestätige, daß die Grundsteuer keine Steuer, sondern eine Rente sei. Ferner werde nicht nur die Ermittlung des Reinertrags der Liegenschaften eine Unmöglichkeit, sondern auch eine richtige Abschätzung der Gebäude in großen und volkreichen Städten, so wie auf dem Lande schwer durchzuführen sein. Auch müßte er auf das Uebergewicht hinweisen, welches das bürokratische Element durch die Art der Einschätzungs-Commission zur Ermittlung der Reinerträge auf diesem Gebiete erlangen werde.

Endlich bege er noch materielle Bedenken. Man sage, in Schlesien sei der Grundbesitz überbürdet, mit 30 pCt. sogar. Aber diese hohe Steuer sei vor hundert Jahren eingeführt in einem eroberten Lande; damals sei das Hypothekensystem noch nicht entwickelt gewesen. Jetzt sei das anders. Der große Grundbesitz in den östlichen Provinzen sei bis zur Hälfte mit Hypotheken belastet und müße gegen die Hälfte des Reinertrages zur Zinszahlung verwenden. In neuerer Zeit seien nun noch die Kommunal-Abgaben bedeutend gemachsen, namentlich die Beiträge für die Armenpflege. Zu diesen Lasten geselle sich die neue Steuer von 8 pCt. Breche aber Noth und Bedrängniß über das Land herein, so sei der Grundbesitz ohnehin überbürdet. Es werde also dahin kommen, daß der große Grundbesitz mobilisirt, d. h. daß die Grundbesitzer gezwungen würden, ihre Güter zu verkaufen und sie denen zu überlassen, die es besser verständen, Land und Leute auszusauen (Murren links. Ob, oho!). Er sei von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das neue Gesetz verderblich sei, und habe also auch ein Recht, es zu verwerfen. Die Nothwendigkeit des Staates, neue Hilfsmittel für die veränderte Heeres-Organisation aufzufinden, wolle er nicht bezweifeln. Aber die Opferwilligkeit der großen Grundbesitzer werde nicht bestritten und könne nicht bestritten werden. Man möge also neue Wege auffinden, die dem Grundbesitz weniger schädlich seien. Das Dium, welches wegen dieser Frage auf dem Grundbesitze laste, wollten sie auch noch länger tragen.

Abg. v. Sanger: Die schon früher vielfach erörterte Frage, ob die Grundsteuer eine Rente oder Steuer sei, sei diesmal, wie aus den Commissions-Verhandlungen hervorgehe, in den Hintergrund getreten. Die Anhänger der Rententheorie wolle er nicht bekämpfen. Es komme auf die theoretische Seite der Frage gar nicht an. Er werde sich daher zur Bedürfnisfrage. Die gegenwärtige Lage Europas mache erneuerte Anspannung der Finanzen notwendig. Nur aus der Grundsteuer könne eine Einnahme-Vermehrung hergenommen werden. Die vorjährige Gesetzesvorlage hätte auf eine Vermehrung der Einnahme verzichtet, die diesjährige dieses Moment vorzugsweise accentuirt. — Dazu komme, daß die Grundsteuerfrage die Provinzen, gleichviel ob aus triftigen oder nichtigen Gründen, einander entfremde. Bei der jetzigen Lage Europas müße alles eifrig gefördert werden, was die Einkünfte im Lande herbeiführe. Einmal würde doch die Grundsteuerfrage zum Abschluß kommen. Je später dieselbe erfolge, desto unangünstiger werde sie sich für die Beteiligten gestalten. Die Frage habe viel Aehnlichkeit mit den biblischen Nöthen. Mit der bete noire des Gesetzes § 3 (Festsetzung der Grundsteuer) sei er nicht einverstanden. Dennoch stimme er für die Gesetzesvorlage im Großen und Ganzen. Er halte die vier Vorlagen für absolut untheilbar. Seine Bedenken gegen Einzelheiten werde er bei der Spezialdiskussion vorbringen. — Der Vorredner habe sich dahin ausgesprochen, daß die Grundsteuer nie als direkte Steuer angesehen werden müsse. Daraus sei vieles richtig. Erfahrungsmäßig gäbe es keinen großen Staat Europas, der ganz ohne Grundsteuer sei. Ob die Grundsteuer ganz rationell sei, käme gegenüber dem praktischen Vorzuge nicht in Betracht. — Der Vorredner habe eine gewisse Befürchtung vor der Vermehrung der Grundsteuer geäußert, vor der „Schraube ohne Ende“. Nach gewissen zu warmen Vertheidigern der Grundsteuer müsse man allerdings flüchtig werden. Man weise auf das Beispiel Oesterreichs und Frankreichs hin. Aber diesen Staaten mit einer viel zu hoch gespannten Grundsteuer, einer centralisirten Verwaltung, brauchten wir nicht nachzufolgen. Zur Zeit hätte eine Erhöhung der Grundsteuer in den östlichen Provinzen noch keine Gefahr. Daß man die Grundsteuer für kommunale Zwecke verwenden, könne man zur Zeit noch nicht verlangen. Denn die Organe für ein wahres Selbstgovernment fehlten noch. Wenn von Seiten der Gegenpartei gegen Justizregistrerei und die Fesseln, welche der Selbstregierung noch angelegt wären, gewirkt würde, dann sei

keine Gefahr, daß bei einem unabhängigen Hause der Finanzminister die Grundsteuer unmäßig erhöhe.

Abg. v. Wedell (Cramon): Die Regierungsvorlagen seien der Störfriede, welcher die verschiedenen Lager des Hauses spalte. Die Commission habe sich die Sache recht leicht gemacht, indem sie meist auf die vorjährigen Berichte verwies. Er erkläre von vorn herein, daß er gegen die Gesetzesvorlage, wie gegen die Commissions-Anträge stimmen werde. Er halte die Grundsteuer überhaupt für eine schlechte Steuer. Man könne nicht die Materie, sondern nur Menschen besteuern. Daher müßte nur im alleräußersten Falle eine Regierung den Steuerzahler die Vermehrung der Grundsteuer zumuthen. Im vorigen Jahre habe man die Grundsteuerausgleichung nicht als finanzielle Maßregel bezeichnet. In diesem Jahre habe man den Accent vorzugsweise auf diese Seite der Frage gelegt. Die politische Lage erheische solche Maßregeln nicht. Die Graviren würden durch diese Vorlage nicht befriedigt werden; sie verlangten Erleichterung, welche nicht gewährt würde, und womöglich Aufhebung. Wenn man sich auf das Edict von 1810 berufe, so vergesse man, daß die damalige Finanznoth dasselbe hervorgerufen. Auch der Art. 101 der Verfassung könne mit Recht nicht angezogen werden. Die Verfassung spreche von Verjonen und Rechten, nicht von Sachen. Die Verordnung vom 24. Februar 1850 setze allerdings die Regierung in eine able Lage, da ihre Aufhebung nicht möglich sei. Dennoch sei er für seine Person einer Vertheidigung nicht abgeneigt. Mit gewissen Modifikationen würde er für die dritte und vierte Vorlage stimmen. Die Regierung habe inessen sich damit nicht begnügt, diese Gesetze vorzulegen; sie habe in Nr. 1 ein Gesetz eingebracht, welches möglicher Weise sämtliche Vorlagen zum Falle bringen könne. Das jetzige Gesetz würde von den westlichen Provinzen als Danaergeschenk angesehen werden. Er sei gegen die Ausgleichung der Grundsteuer. Die Grundsteuer betrachte er nicht als Rente. Da sie aber schon Decennien bestohe, so habe sie den Charakter einer Rente erlangt. Wie jeder Rente, müße man dann aber auch ihr die Ablösbarkeit gestatten. Erbedauere, daß die Regierung sich so entschieden gegen diese Art von Ausgleichung erklärt habe.

Den Vertretern der westlichen Provinzen halte er vor, daß, wenn ihnen auch einst ein Unrecht geschehe, dieses doch nicht verbessert werde, wenn man den östlichen Provinzen ein doppelt so großes Unrecht thue. Die Ueberbürdung der westlichen Provinzen sei häufig behauptet, aber nie bewiesen worden. Auf das Edict von 1810 könnten sich diese Provinzen nicht berufen; das sei ja für sie gar nicht proklamirt worden. Hinsichtlich der Klassensteuer seien die westlichen Provinzen früher sehr berücksichtigt worden. Bringeman die dadurch dem Staate entzogenen Summen in Anschlag, so ergebe sich, daß sie für die Ueberbürdung genügend entschädigt worden. Was die Fixirung der Grundsteuerfrage angehe, so scheine es ihm höchst bedenklich, die Ermittlung des Reinertrages dem Finanzminister auf Gnade und Ungnade zu überlassen. Oft sei es gesagt worden: unsere Zeit habe keinen Verstand zur Gesetzgebung; dieser Entwurf beweis das. Nicht bloß mehr als das Vierfache des jetzigen Betrages werde man zu begehren haben; er könne nachweisen, daß die Vermehrung eine viel größere sei. Er hoffe von der jetzigen Staatsregierung, daß sie nicht den Grundfals jenes preussischen Ministers thäte, der da gesagt: „Wenn die Rittergutsbesitzer die Steuer nicht tragen können, so mögen sie die Güter verkaufen, dann werden ihre Nachfolger die Steuer tragen.“ Was endlich die finanzielle Seite der Frage anbetraf, so könne man keine Steuervermehrung bewilligen, deren Belauf und Verwendung man nicht kenne. Er berufe sich dabei auf den Finanzminister selbst, der 1857 als Abg. sich gegen eine Bewilligung erklärt habe, deren Belauf und Zweck sich nicht vorher genau angeben lasse. (Der Redner verliest dabei Stellen aus einer Rede des Herrn v. Patow im März 1857.) Ein anderer Finanzminister habe einmal geäußert: Man müße der Reaction ins Fleisch schneiden. Der jetzige Finanzminister werde mit seinen Gesetzen, wenn auch ohne solche Abicht dem Grundbesitz ins Fleisch schneiden.

Abg. Dunder (s. Nr. 84 v. Jtg.).

Abg. v. Wedell (Nordhaußen): Er gehöre nicht zu denen, welche durch die Vorlage pekuniär berührt würden; er spreche nicht für sein Haus, sondern für die tausend Häuser seiner Mandanten. Unter großer Unruhe des Hauses und auf der Tribüne fast gar nicht verständlich, setz der Redner in einem längeren Vortrage und unter häufig wiederkehrender Heiterkeit der Redten auseinander, daß sich gegen die Vorlage zwei Bedenken erheben, finanzielle und politische. Er führt unter Angabe von (unverständlichen) Zahlen aus, daß die projektierte neue Steuerverfassung die Staatseinnahmen nicht vermehren werde, auch daß die Ermittlung und Katastrirung sämtlicher Grundstücke, wie er aus eigener Erfahrung wisse, nicht durchführbar sei, daß die Commission ministerieller als die Minister sei, und voritz schließlich gegen die Vorlage. (Bravo in der Fraktion Hanlenburg.) — Abg. Burghart verzieht auf das Wort. — Dr. Gneick: Die Gesetzesgebung über die Aufhebung der Steuerfreiheit sei in diesem Jahre ihr 50jähriges Jubiläum. Sollte die Steuerfreiheit aufgehoben werden, die Ausgleichung erfolge, so müße man zu einem bestimmten Prozentsatz kommen. Diese Tendenz habe auch allen früheren Gesetzesgebungen zu Grunde gelegen. Nun gäbe er zwar gern zu, daß bei so wichtigen Dingen, wie diesen, Vorsicht die Mutter der Weisheit sei. Wie aber würde es wohl um den Staat bestellt sein, wenn man bei den andern Steuern, Gewerbesteuer, Klassensteuer u. s. w. so lange geögert hätte! Die Regierung habe nun gewagt, einen Prozentsatz von 8 Prozent vorzuschlagen, das sei würdiger als etwa 5 Prozent fordern und dann in späteren Jahren mit einer Erhöhung von 3 Prozent nachzukommen. Der Einwand, dieser Satz sei zu hoch gegriffen, sei unbegründet. Wenn man die Zahl 8 Prozent ausspreche und darin eine Härte finde, so vergesse man, daß es sich um Grundsteuer handle. Nun lebre die Erfahrung, daß die Veranschlagung stets hinter dem wahren Ertrage zurückbleibe, so daß 8 Prozent in Wahrheit nur 4 Prozent des Reinertrages betrügen. Wenn der Einwand gemacht werde, daß man sich unbestimmten Anschlägen gegenüber befunde, so müße er bemerken, daß es konstitutionell sei, so lange die Anschläge eines Ministers für richtig zu halten, bis man ihm die Unrichtigkeit nachweise. Außerdem verdiene der gegenwärtige Finanzminister auch das Vertrauen des Hauses. Die Ministerialinstruktion, welche das Gesetz erst zur Ausführung bringen solle, entziehe sich der Kontrolle des hohen Hauses nicht, und dann werde die Frage nach der Fixirung noch einmal geprüft werden. Niemals werde man zu einem Selbstgovernment gelangen, so lange man nicht einen bestimmten Satz für die Staatssteuer festgesetzt hätte. Mit Argumenten des wirtschaftlichen Nutzens könne man die Rechte des Staates nicht schmälern. Niemals habe der Staat den Grundbesitz besteuert, sondern nur

einzelne Unterthanen wegen ihres Grundbesitzes. Seine Unterthanen könne der Staat nie zu hoch besteuern, wenn er sie gleich besteuere; dann daraus ergäbe sich die Repräsentativ-Verfassung, die Kontrolle der Besteuerung, der Regierung. Der Grundbesitz habe vor allem die Pflicht und Ehre, sich besteuern zu lassen. Nur dann könne er seine gesellschaftliche Stellung erhalten, nur dann könne man von Dauerhaftigkeit der Verfassung sprechen. — Er erkläre sich gegen die feudale Anschauung und auch die volkswirtschaftliche Auffassung, welche die Frage nur von dem Standpunkte des landwirthschaftlichen Gewerbes aufweise. Er werde, falls sich die Regierung Modifikationen der Vorlage gefallen ließe, sich auf dafür erklären. Principieller erkläre er sich für die Regierungsvorlage, sie sei gerecht, konsequent und nothwendig. (Bravo.)

Reg.-Comm. Geh.-Rath Schumann: Von den verschiedenen Vorrednern seien schon die verschiedenen Auffassungen der Grundsteuerfrage dargelegt. Der Standpunkt der Regierung sei in den Motiven ausgesprochen, und sei der, den die Gesetzesgebung überhaupt innegehabt, so lange sie bestohe. — Der Vorlage sei nur der Vorwurf gemacht, daß sie die Leistungsfähigkeit, nicht aber, was wirklich geleistet würde, besteuere. Das sei richtig. Das Ideal der Besteuerung müße das sein, daß jeder von dem, was er habe, nicht von dem, was er erwerben könne, besteuert werde. Dieses Ideal werde erreicht bei der Klassen- und Einkommensteuer, aber auch nur annähernd. Denn auf das Moment, ob der Besteuerte eine zahlreiche Familie habe, oder nicht, werde nicht Rücksicht genommen. Wenn bei der Grundsteuer also nicht sowohl das Einkommen, als die Einkommensfähigkeit besteuert würde, so müße man in Ermangelung eines Besseren damit zufrieden sein.

Es werde ferner der Vorlage entgegengesetzt, daß sie eine petitio principii enthalte, daß es sich gar nicht um eine Grundsteuer, sondern um eine Grundrente handele. Dieser Einwand widerlege sich aus der Geschichte. In dem Edict von 1810, in den Motiven der Regier.-Vorlage von 1853, in der Steuergesetzgebung von 1839 für die westl. Provinzen, und in der von 1844 für Posen sei dies ausgesprochen. Die Grundsteuer unterscheide sich von den andern Steuern dadurch, daß sie, weil der Werth des Bodens sich sehr lange gleich bleibe, nicht alle Jahre neueranlage werde. Dennoch bleibe die Grundsteuer eine Steuer. Diese seltene Veranlagung habe aber in Verbindung mit der Verschiedenheit der Titel, auf Grund deren sie veranlagt worden, dazu geführt, daß an manchen Orten die Leute gar nicht mehr wußten, wieviel an Grundsteuer sie zu zahlen haben. — Endlich sei der Vorzuschlag gemacht, die Grundsteuererleichterungen durch Abschaffung der Grundsteuer aufzuheben. Dies sei nicht wünschenswerth. Was die Steuererleichterungen in den verschiedenen Provinzen anlange, so habe die Regierung in diesem Jahre die 8 pCt. gewählt, weil bisher durchschnittlich 7½ pCt. gezahlt worden seien. Eventuell aber würde die Regierung dem Amendement Wenda beistimmen.

Was die Entscheidungsfrage betreffe, so sei die Regierung von dem auch im Allg.-Land-Recht ausgesprochenen Grundfals ausgegangen, daß kein Privilegium ohne Entschädigung aufgehoben werden könne. Wo jedoch eine Steuerbefreiung, auf Grund eines Landesgesetzes und nicht eines speciellen Titels, bestohe, treffe dieser Grund nicht zu. Was die Gesetzesgebung angehe, könne sie auch nehmen. Dennoch habe auch in diesem Falle die Regierung eine Entschädigung vorgeschlagen und zwar erstens aus Rücksicht gegen Diejenigen, welche mit ihr in dieser Beziehung anderer Meinung sein könnten, sodann aber auch aus Billigkeitsrücksichten. Wenn über diese Angelegenheit gerichtlich zu erkennen wäre, würde man allerdings nach dem Grundfals: fiat justitia, pereat mundus gehen; als Gesetzgeber müße man den Satz erwägen: summum jus, summa injuria.

Die Gebäudesteuer-Vorlage befriedige ein langgefühlttes Bedürfniß, nämlich das der Steuerausgleichung in den Städten. Seit 1814 sei der Servis nicht geändert. Viele Städte seien nun, je nachdem sie sich emporgeschwungen, oder heruntergekommen, im Vortheil oder Nachtheil gegen andere.

Die ganze Steuervorlage sei auch durch das Bedürfniß von Mitteln für die Ausführung der Heeresorganisation geboten. Gerade weil es sich um ein Bedürfniß der Landesverteidigung handele, welches, wenn es nicht befriedigt werde, dem Grundbesitz die schwersten Wunden schlage, — er erinnere an die 150 Millionen in den Jahren 1807—1813 — müße der Grundbesitz sich bei Zeiten zu einer Steuer bereit erklären, welche ihn vor noch größern Einbußen schütze. — Die bisher Privilegirten sollten ihre Privilegien wegen der Steuer nur gegen Entschädigung verlieren, beabsichtige die Regierung. Er hoffe, daß die Privilegirten diesen Vorzuschlag acceptirten; sonst könnten später Zeiten kommen, wo sie ihre Privilegien ohne Entschädigung verlieren. („Ob“ links, Bravo rechts) wenn das die Regierung auch ebenso wenig wünsche, wie sonst Jemand im Hause. Dafür eben könne Niemand bürgen, ob dies in geordneter Form geschehe.

Finanzminister v. Patow: Man habe der Regierung den Vorwurf gemacht, sie motivire jetzt anders als früher und stelle jetzt finanzielle statt der früheren politischen Gründe in den Vordergrund. Das sei nicht richtig; die Regierung sei durchaus konsequent. Sie halte 1. fest an dem Grundfals, daß es Pflicht jeder Regierung sei, Gerechtigkeit zu üben, namentlich in Steuerfachen (Bravo). Die Grundsteuer sei aber eine Steuer, folglich müße man auch bei ihr dem Gebote der Gerechtigkeit nachkommen; 2) handele es sich um Realisirung bestimmter gemachter Zusicherungen; 3) habe sich die Regierung die Aufgabe gestellt, einen Gegenstand langjähriger Habens zu entfernen, die bestehenden Ungleichheiten zu beseitigen, aber in einer schonenden Weise, und dadurch eine Verbesserung der Parteien herbeizuführen (Bravo). Diese Gründe hätten immer existirt und seien auch jetzt noch maßgebend.

Nun trete ein neuer Grund hinzu, der finanzielle. Die Regierung sei in der Nothwendigkeit, große Ausgaben für das Heerwesen zu machen, und müße für deren Dedung sorgen. Wunderbarer Weise erklärten nun einige Gegner der Vorlage, sie werde gar nichts einbringen, ja einen Ausfall in der Einnahme zur Folge haben; Andere behaupteten, die Mehreinnahme würde zu groß sein, 1¼, ¾ oder gar 5 Millionen; die Wahrheit liege, wie gewöhnlich, in der Mitte. Allerdings werde die Regierung durch Annahme der Gesetzesvorlage eine Mehreinnahme erzielen, aber diese sei unbedeutend, weil das, was in einzelnen Provinzen gewonnen werde, zur Dedung in andern Provinzen draufgebe. Erst dann, wenn man die Regierung ermächtigte, ihre auf diesem Felde begonnenen Operationen fortzusetzen, werde sich eine erhebliche Mehreinnahme herausstellen. Dann ergebe sich folgendes Resultat: Einnahme aus der Häusersteuer 569,000 Thlr., von den früher be-

Sonntagsblättchen.

Mißlaunige Wintertage, Schnee ohne heitere Schlittenlust, Glatt- Eis, das Wetter wechselnd und unsicher, nirgends ungewohntes Licht, als in der Elisabethstraße, welche die Pause zwischen dem alten Leinwandhaus und dem neuen Prachtgebäude benutz, um sich zu sonnen — das ist der Charakter der Woche, welche der „Fastnacht“ vorausgeht!

Bei einem Breslauer „Narrenfest“ darf freilich weder der gespenstige „Bittrosmann“ fehlen, noch die nicht minder gespenstige „Dhlo“, noch der Geist des Leinwandhauses und manche andere Geister, welche das Jahr hindurch ihren Nummenschanz getrieben und denen die Narrenkappe nicht übel zu Gesicht steht! Auch „der Geist, der stets verneint“ fehlt in Breslau nicht, und wenn er auch ohne Pferdeseuf einbergeht, so erkennt man ihn doch an dem spöttischen Lächeln und an jenem sonst unbeweglichen, starren Gesichtsausdruck, jener „Apathie“, welcher nach dem Ausdruck des französischen Cäsars die Zukunft gebört.

Heutzutage ist es schon eine große Kunst, sich zu amüsiren und, trotz aller Amüsaments, trotz des Drangs und Erubels der Menge, die zu allen Thoren hinauswogt, bleibt „die Freude“ ein seltener Gast, und mit wie vielen Töchtern auch ein würdiger Familienvater sich in den Strudel der verschiedensten Vergnügungen stürzt — „die Tochter aus Elysiun“ ist selten mit dabei!

Deshalb würde allen Narrenfesten „eine Hauptfigur“ fehlen, wenn sich nicht in Mäskengewähl auch die Göttin Langeweile sehen ließe! Eine hochaufergerichtete, lange, dünne Gestalt — den ewigen Gahnkrampf auf den Lippen — auf dem Haupt einen gußeisernen Lorbeerkranz — in der Hand Bisttentarten mit der Photographie ihres schönen Selbst — und das Gewand zusammengenäht aus allen erdenklichen Vereindreden, Zetteln von Matinee und Soirées, und Nachmittags-Concerten und dramatischen Vorstellungen und Schiller-Broschüren — und in der Hand einen gähnenden Amor von Gips, der das Verzeichniß aller Pupillarvermögen studirt, um für seinen Pfeil die richtige Adresse zu finden.

Ja auch in der Gestalt einer „Sphinx“ könnte die Langeweile erscheinen! Denn sie ist selbst ein Räthsel, und immer dort, wo wir

ihm am meisten zu entziehen glauben! Und die Räthsel, die sie aufgibt, sind schwer zu lösen für unsere Gesellschaft.

Sie ist die Seele aller Politik! Wenn Frankreich sich zu langweilen anfängt, dann wird ein neuer Akt Weltgeschichte gemacht und irgend ein Krieg zerstreut die große Nation.

In Deutschland aber ist's umgekehrt — da ist die Weltgeschichte selbst langweilig, und wenn man sich zerstreuen will — da macht man „Gedichte“ vom Lenz und von der Liebe und läßt sie in miniature und mit Goldschnitt drucken — und aus diesen Gedichten, welche den glücklichen Autor zerstreuen, weht wieder der unglücklichen Lesewelt die unentziehbare „Langeweile“ entgegen.

Ein Weltuntergang aus Langerweile — es wäre ein großartiges Thema für die moderne Musik, die ja alle Stoffe behandelt — und eine solche Symphonie würde wenigstens in „die Stimmung“ versetzen, die sie darzustellen sucht!

Mit dem echten Sohn der Zeit steht die Langeweile auf und geht mit ihm schlafen — sie gähnt ihn an aus dem alltäglichen Berufsgeschäft; sie sitzt mit ihm auf dem Leeseel am Comptoirische und vor den Akten; sie begleitet ihn zu Tische, denn es giebt ja nichts Neues, keinen Stoff für die Unterhaltung; sie begleitet ihn in das Boudoir der Geliebten; denn selbst, daß sie jeden Tag eine andere Laune hat, ist wenig zerstreud; sie tanzt mit ihm Polonaise und Hippelpolka und flüstert aus den Ballgesprächen, welche wesentlich vereinfacht würden, wenn eine Art von Katechismus mit Frage und Antwort für jeden einzelnen Tanz gedruckt würde, an welchen sich die Tanzenden in ihren Kunstpausen streng zu halten hätten, um das beschwerliche Nachdenken und die gleichzeitige Anstrengung des Kopfes und der Füße zu vermeiden.

Wohl giebt es noch unbefangene Gemüther, welche herzlich lachen können, wenn „Einer von unsrer Leute“ einen Witz macht, welche mit tiefer Rührung über den poetischen Rosen, Aktern und Malven eines Miniaturkritikers studiren und durch ein hübsches dichterisches Bild in eine glückliche Stimmung versetzt werden, welche sich am Schellengeklingel einer Schlittenfahrt erfreuen und durch ein freundliches Wort sich innerlichst erquickt fühlen.

Doch wie verschwinden diese Weichengemüther mit ihrem Frühlingsdust, diese zarten „Bergisweinnicht“ in der dustlosen Klatschrosenflora unserer Gesellschaft und ihrer pompöspat gespreizten „Langeweile“.

Wer indeß in „Breslau europamide“ ist, der kann durch einen Besuch in den Sattlerischen Kosmoramaen dieser Kulturwelt auf einige Augenblicke entziehen und unter den uralten Ruinen von Memphis und Theben, an den Ufern des Bosphorus oder im Thale Josophat im Schatten des Delbaumes ausruhen. In der That nehmen diese „Kosmoramaen“ durch ihre künstlerische Ausführung unter den gegenwärtigen Schaustellungen hier den ehrenvollsten Rang ein und verdienen die Theilnahme des Publikums.

Namentlich sind es die Ansichten aus dem Orient, aus Palästina, Egypten und Nubien, welche uns lebendige und getreue Abbilder jener Landschaften und ihres eigenthümlichen Charakters geben. Der Blick auf die Pyramiden vom Wosattem-Gebirge, die Ansicht der zweiten Katarakte des Nils an der Grenze von Nubien und Dongola mit ihrem einsamen, fahlen Wüstenhorizont, den scharflich mit Akazien und Tamarisken bewachsenen Felsmassen, der Blick auf die grandiosen Trümmer von Karnak in Theben mit ihren trefflich erhaltenen Bildwerken und Säulen und dem hohen Granit-Obelisk — sie versetzen uns lebhaft an die uralten Stätten der Vorwelt und ihrer Geschichte.

Hier sehen wir den Bosphorus, anmuthig gewunden durch grüne schiffsergekrönte Hügel und im Dufte der Ferne das Meer von Marmor, dort das Innere der Auferstehungskirche in Jerusalem und die Kapelle des heiligen Grabes mit ihren rothen Marmorwänden. Auch aus Tyrol und dem Salzammergut finden sich einige, stimmungsvoll aufgefaßte Bilder.

Berliner Maudereien

von Julius Rodenberg.

Berlin, 17. Februar.

Die Concerte von Berlin. — Eine Spohrfeier. — Der Jongleur. — Neuigkeiten vom Victoria-Theater.

Die Berliner Concert-Vesale, von unten angefangen, zeichnen sich dadurch aus, daß sie von Unteroffizieren wimmeln und nach schlechtem

freiten Grundstücken 719,000 Thlr., Mehreinnahme aus den bis jetzt niedriger...

Ueberraupt hängen die Gegner der Vorlage mit ihren früheren Angaben...

Abg. Richter (Königsberg): Da er gegen die Regierungs-Vorlage eingekommen...

Abg. v. Diergardt erzählt, daß sein Kreis 125,000 Thaler Schulden durch die...

Die Sitzung wird darauf vertagt. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Berlin, 17. Februar. [Zur Charakteristik der österreichischen Politik.] Vor Kurzem deutete ich bei Widerlegung...

noch keine bestimmte Erklärung abgegeben hat. Wenn nun auch mit Sicherheit anzunehmen ist...

Berlin, 17. Februar. [Vom Hofe. — Personalien. — Vermischtes.] Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent empfangen...

Die sächsische Denkschrift über die Bundeskriegsverfassung ist in einer Note des Herrn v. Schele...

zweckmäßige Regelung der Bundeskriegsverfassung den augenblickliche...

Vorgestern starb in Bethanien an einer apoplektischen Lähmung der bekannte Literat E. D. Hoffmann...

[Vom Landtage.] Die im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzesvorlage...

Eben so bleiben die Bestimmungen bestehen, welche die Operationen der Pflanzmüller...

In dem ersten Petitionsbericht der Commission des Hauses der Abgeordneten für Handel und Gewerbe...

Bei einer Petition von Materialwaaren-Händlern in Magdeburg, den Kleinhändler mit Spirituosen...

P. C. Der vom Minister des Innern vorgestern eingebrachte Gesetzentwurf...

In den Motiven heißt es: „Der Gesetzentwurf gewährt zwar ebensov wenig die Aufhebung...

Tafel riechen. Das hervorragendste Etablissement dieser Art ist jedenfalls die Walhalla...

Tonhalle ein; an dem Plaze, wo Murphy gestanden, erscheint die mit Lorber bekränzte Büste...

stehen, die nur durch einige halbrunde Höcker mit dem Saale in Verbindung stehen. Hier wird heimlich geraucht...

Uebri gens ist gerade jetzt die Zeit, wo sie in voller Blüthe steht. Man käme gar nicht mehr aus diesem Saale...

erschient. Indem der Entwurf den Betrag der Abgabe ermäßigt, vermindert er zugleich die nachtheiligen Rückwirkungen, welche dieselbe auf die unmittelbare Nähe der Städte liegenden Landgemeinden äußern kann, und indem er die Fälle der Befreiungen von der Zahlungspflichtigkeit genauer präcisiert und dieselben erweitert, befähigt er nicht allein manchen Zweifel und willkürliche örtliche Verschiedenheiten, sondern er bringt gegenüber dem Interesse der Gemeinden auch das Recht der Familien, so wie die den altgedienten Militärpersonen gebührenden Rücksichten zu wünschenswerther Anerkennung. Das Hausstandsgehalt läßt der Entwurf fallen. Dasselbe hat in der Praxis, den neuanziehenden Familien gegenüber die Natur des Einzugsgehaltes angenommen und wirkt als Verklärung des letzteren; für die bereits Eingefessenen dagegen trägt es wesentlich den Charakter einer Heirathssteuer. Die Zurückführung des Hausstandsgehaltes auf ein Bürgerrechtsgeld im Sinne der revidirten Städte-Ordnung, inbald deren ebenso wie nach der Städte-Ordnung von 1853 das Bürgerrecht mit dem Rechte zur Theilnahme an den Gemeinde-Wahlen in Eins zusammenfiel, bietet die positiven Vortheile, daß die Abgabe dadurch gleichwie das Einzugsgehalt der systematischen Gliederung der städtischen Bevölkerung nach Aufenthalt, Domicil und Bürgerrecht angefügt wird; daß der ärmere, nicht angeessene und zu weniger als 4 Thalern Klassensteuer zu veranlagende Theil der Einwohnerchaft von der, zumal im Augenblicke der Begründung eines Hausstandes, sehr empfindlichen Steuer befreit wird, und daß die Fälligkeitstermine für Einzugsgehalt und Bürgerrechtsgeld um mindestens Jahresfrist von einander getrennt werden.

Köln, 15. Februar. [Synode.] Die Beratungen der Provinzial-Synode der kölnen Kirchenprovinz, wozu die 4 katholischen Bistümer Köln, Trier, Baderborn und Münster gehören, sollen unter der Vorherrschaft des Kardinal-Erzbischofs v. Geißel am 3. Sonntag nach Ostern, den 29. April, beginnen und etwa 3 Wochen dauern. Außer den Bischöfen und Weihbischöfen der Bistümer werden daran Deputirte der Capitel, Doctoren der katholischen Fakultäten, die Vorsteher der Congregationen u. d. m. theilnehmen. Ueber das Material der geschlossenen Sitzungen erfährt man nichts Näheres; so viel hört man aber mit Bestimmtheit versichern, daß darin politische Verhältnisse nicht zur Sprache gebracht und die Beratungsgegenstände nur Angelegenheiten der kirchlichen Provinz betreffen werden. Die öffentlichen Sitzungen, deren etwa vier stattfinden, werden im Dome abgehalten, und daran kann Jeder theilnehmen. Die letzte Synode hat hier im Jahre 1549 unter dem Erzbischof und Kurfürsten Adolph stattgefunden. (R. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 15. Februar. [Vom Bundestage.] Der Ausschussbericht über den von Baden in der Bundesversammlung eingebrachten Antrag auf Bildung eines Bundesgerichtes ist dem Vernehmen nach bereits von dem Referenten beendet. In diesen Tagen wird er, im Druck einen ansehnlichen Band füllend, an die Mitglieder des Ausschusses vertheilt werden.

Die in Frankfurt erscheinenden „Deutschen Blätter“ bringen in ihren beiden letzten Nummern unter der Ueberschrift „Preußen und der Bund in der Wehrfrage“ einen längeren Aufsatz, der in einer Reihe scheinbar aphoristischer, jedoch im engsten Gedankenverband stehender Artikel die jüngsten preussischen Erklärungen über die Bundesmilitärverfassung beleuchtet. Er protestirt aufs Heftigste dagegen und meint: selbst der temporären Hegemonie Preußens im Kriege stünden die wichtigsten Bedenken entgegen; denn die Politik Preußens seit 12 Jahren sei „ein vollkommenes Räthsel.“

[Heinrich von Gagern] giebt in der „A. Z.“ eine Erklärung über seinen vom „N. C.“ veröffentlichten Brief, worin er bedauert, daß derselbe an die Oeffentlichkeit gekommen ist, und sagt am Schluß: Die Ansichten, wie ich sie am 26. August v. J. entwickelte, bin ich zwar entfernt, heut verleugnen zu wollen, aber in unserer schnellathmenden Zeit begründet jeder neue Augenblick für die Zeitgenossen besondere Pflichten. Damals war in Bill-Franca ein provisorischer Friede geschlossen; einem definitivem sah man, mit wie trüben Vorgefühlten immer, entgegen: doch bestand keine unmittelbare Besorgniß vor fortwährender Bedrohung Europas durch Frankreich. Wie ganz anders ist das jetzt, nachdem die erneuerte Parole von den sogenannten natürlichen Grenzen französischerseits ausgegeben ist. Es ist Zeit, in den Reclamationen gegen Preußen und Oesterreich, und zwischen Preußen und Oesterreich ein Ende zu finden. Ob in der neuen Zeitrechnung zur Abwechslung auf 1805 gleich 1809, dann aber hoffentlich mit besserem Lohn und Erfolg des nationalen Aufschwungs, folgen, oder wie früher das preussische Alleinstehen von 1806—1807 dazwischen liegen werde — wer vermüthet sich, die Zeichen zuversichtlich deuten zu wollen. Gewiß ist, daß Deutschland bedroht ist. Wenn nicht Alles trägt, so sind die Staatslenker in Oesterreich wie in Preußen der Mahnung jetzt eingedenk, welche aus jenen geschichtlichen Daten an sie ergeht; das Gegenheil anzunehmen scheint unmöglich. Verdrerbücherei wäre es, einer Polemik ferner Nahrung zu geben, die nur bezwecken könnte, der Annäherung und dem Verständniß entgegen zu arbeiten.

Aus dem Schleswigschen, 15. Februar. [Aus der Stände-Versammlung.] In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung eröffnete der königl. Kommissar derselben, daß die Regierung für gut gefunden, wegen unzulässiger Veröffentlichung des vorliegenden Adress-Entwurfs an den König eine Unterzujung einleiten zu lassen. So viel hier selbst bekannt geworden, sind allerdings mehrere Abdrücke der gedachten Adresse ins Publikum gekommen, indessen dürfte die Unterzujung aller Wahrscheinlichkeit nach ganz andere Resultate ergeben, als man seitens der Regierung vorausgesetzt haben wird, da die erste Verbreitung derselben erweislich von solchen Per-

nen ausgegangen, welche man wohl schwerlich für diese Indiscretion wird verantwortlich machen wollen. — Auf der Tagesordnung folgte hierauf der Antrag des Verbitters v. Rumohr, betreffend die Aufhebung der zahllosen Bücherverbote, wie auch des Verbots der bisher mit Hülfe gemeinamen nichtpolitischen Vereine, welcher von Seiten des Rectors Müllers Hansen den schärfsten Widerspruch erfuhr. Letzterer ließ sich in seinem Eifer zu der Behauptung verleiten, daß die Incorporation des Herzogthums Schleswig bereits eine vollendete Thatsache geworden sei, weshalb alle ehemals schleswig-holsteinischen Institutionen nunmehr definitiv ihr Ende erreicht hätten, eine Aeußerung, durch die er sich ebenfalls seinerseits einen nicht minder lebhaften Widerspruch zuzog.

Baden, 15. Februar. [Militärisches.] Bekanntlich haben in neuester Zeit mehrere höhere Offiziere des 8. Armeekorps zweimal in Karlsruhe Zusammenkünfte gehalten, um über gemeinsame Einrichtungen für diesen Theil des deutschen Bundesheeres zu berathen. Selbstverständlich wird wohl der Gegenstand dieser Beratungen noch eine Zeit lang Geheimniß bleiben; gleichwohl wird als bestimmt berichtet, daß wegen einer gleichmäßigen Verpflegung jetzt schon eine Einigkeit zu Stande gekommen sei. Die Sache ist wichtiger, als sie den Anschein hat. Nicht so übereinstimmend sollen die Ansichten wegen einer gleichmäßigen Bewaffnung sein. Im Allgemeinen heißt es, sei zwar das Infanteriegewehr, wie es Hauptmann von Dorn konstruirt, angenommen worden, allein der eine Staat wolle ein kürzeres, der andere ein längeres Bayonet, der eine ein zweif., der andere ein dreifachschneidiges. Auch bei den neuen gezogenen Kanonen ist es zu besagen, daß die Kaliber der einzelnen Staaten durchaus verschieden sind. (Magd. Z.)

Oesterreich.

Wien, 17. Februar. [Die Mission des Prinzen von Hessen vermagt. — Oesterreichische Antwortnote. — Aus Venetien.] Die Abreise des Prinzen Alexander von Hessen nach St. Petersburg wurde noch in der zwölften Stunde vermagt; es sind, wie man versichert, noch im letzten Augenblicke von Graf Friedrich Thun, dem Oesterreichischen Gesandten am petersburger Hofe, Berichte eingelaufen, welche den Erfolg der delikaten Sendung des Prinzen sehr in Zweifel stellten. In ähnlicher Weise, wie die Staatsmänner in der russischen Hauptstadt, äußerte sich der hiesige Vertreter der zarischen Regierung bei mehreren Gelegenheiten dahin, daß ihm der Grund einer besonderen Mission an seinen Hof geradezu unverständlich sei und er deshalb für seine Person eine solche Sendung für sehr unnötig und unnütz halte; es fehle, meinte, wie es heißt, Staatsrath von Balabine, gegenwärtig jede Veranlassung zu besonderen, außerordentlichen Unterhandlungen zwischen Rußland und Oesterreich. — Damit wäre also unsere Regierung wieder um eine wichtige Erfahrung bereichert und aus neuer überführt worden, daß es für sie nicht so leicht sei, aus der völligen Isolirung herauszutreten.

Wie von verlässlicher Seite verlautet, ist jetzt eine, vom 12. datirte förmliche Note als Antwort auf das Thowenelsche Altkstuck nach Paris abgegangen, in welcher noch einmal, nur mit mehr Schärfe und Präcision, die vier Propositionen ebenso abgelehnt werden, wie dieses bereits früher, nämlich durch den Fürsten Metternich gegenüber dem Baron Thowenel, und durch den Grafen Rechberg gegenüber dem Marquis v. Moustier geschehen ist.

Die Festungen des Mincio-Bierecks werden gegenwärtig mit noch mehr Munition und Proviant versehen, als in denselben bereits seit dem letzten Kriege aufgehäuft ist. Die Fortifikationen von Peschiera erweitert man und sucht längs der östlichen Seite des Gardasees Punkte für Verschanzungen aus. Auf dem See selbst baut man anderthalb Duzend Kanonenboote, von denen der größere Theil nach französischer Manier mit einer Eisenbrüstung versehen werden soll. Im Val Giudicaria, am Paß Tonale, und auf dem Wormser Joch (Stelvio) werden Blockhäuser und Verhaue eingerichtet, Brücken und Viaducte unterminirt, und jede Art von Vertheidigung vorbereitet.

Wien, 17. Februar. [Kriegsvorbereitungen.] Wenn auch die Haltung unserer Regierung in Italien rein defensiv ist und sie mithin absichtlich jede Provocation vermeidet, so gebieten doch die Verhältnisse Mittelitaliens, ferner die unausgesetzten Angriffe Sardiniens und die zweideutige und unklare Politik Frankreichs, daß unsere Regierung mit möglichster Vorsicht gegen jede Coeventualität gerüstet ist und sich von unerwarteten Ereignissen nicht überraschen läßt. Aus diesem Grunde wird es nicht befremden, daß den Kommandanten der in Venetien und den umliegenden Provinzen liegenden Regimenter, welche Theile der 1. und 2. Armee bilden, der Auftrag erteilt worden ist, alle auf Urlaub befindlichen Offiziere und Chargen einzuberufen und daß ihnen die Pflicht auferlegt wurde, den Stand der Truppen möglichst complet zu erhalten. Um ferner die in Venetien stehenden Truppenkörper möglichst concentrirt zu haben und einen Theil derselben nicht durch den verstärkten Grenznachdienst zu ermüden und zu zersplittern, wurden sämtliche disponible Polizeiwachabtheilungen nach Italien dirigirt. In Wien selbst ist der Direktor der Feldartillerie, General v. Hauslab, auf das angelegentlichste beschäftigt, das Geschützwesen in einer den Erfahrungen des

letzten Krieges angemessene Form umzugestalten und es wird Tag und Nacht in dem Arsenal an dem Gusse von neuen gezogenen Kanonen gearbeitet. Nebstbei werden im Theresienfelde bei Wiener-Neustadt und selbst bei Wien Geschützproben mehrere Tage in jeder Woche abgehalten und die neuen als tauglich befundenen Kanonen sodann ihrer Bestimmung zugeführt. Diese Thätigkeit auf militärischem Gebiete hat aber — wie schon bemerkt — keinen andern Zweck, als die Vertheidigungsfähigkeit zu erhöhen und gegen unerwartete Zufälle der westmächlichen Politik geschützt zu sein. Wenn es nun überdies wahr ist, wie die aus Genua kommenden Reisenden versichern, daß daselbst unausgesetzt bedeutendes Kriegsmaterial aus Frankreich anlangt und in aller Stille weitertransportirt wird, so wird man um so mehr begreifen, daß Besorgnisse für die Zukunft gerechtfertigt erscheinen. — Was die im Innern von Venetien herrschenden Zustände anbelangt, so geht aus officiösen Berichten unabweislich hervor, daß die Vertheidigung des Krieges auf die zahlreichen Emigrirten und Unruhehüfter ihre Wirkung nicht verfehlt hat und seit dieser Zeit nirgends mehr die Ruhe gestört wird.

Schweiz.

Bern, 15. Febr. [Die Savoyer-Agitation zu Gunsten der Schweiz] nimmt in Nord-Savoyen immer größere Dimensionen an, ganze Gemeinden unterzeichnen für die Annerion an die Schweiz und eine Versammlung von 4000 Savoyern hatte letzten Sonntag in Genf statt, um die Sache zu besprechen. Aus dem detaillirten Rechenschafts-Bericht, den wir im „Genfer Journal“ finden, geht hervor, daß die Versammlung von Leuten, besonders auch aus dem ganzen Genevois, besucht war und daß es sich hier selbst um den Anschluß Savoyens (somit von ganz Savoyen) an die Schweiz handelte. Es ist bezeichnend für den Charakter des savoyischen Volkes, was ein Redner, der Präsident der Versammlung, als Programm des Comité d'initiative sagte: „Wir gestehen ein, daß wir weder Politiker, noch gewohnt sind, große Fragen zu behandeln, allein wir sind Bürger, welche ihre Pflicht zu erfüllen wissen und wahrlich eben so ehrbar als unsere Gegner; ein Interesse leitet uns: die Liebe zu unserem theuren Vaterlande und das Wohl unserer Mitbürger.“ ... „Meine Herren“, fuhr der Redner fort, „Ihr Comité hat nur ein einziges Ziel vor Augen, das ist: Europa den Wunsch Savoyens zu erkennen zu geben. Und um dieses Ziel zu erreichen, hat es sich zur Richtschnur genommen: überall und offen immer zu handeln, der Art, daß weder unseren Freunden, noch unseren Gegnern etwas verborgen bleibe.“ In allen anderen gehaltenen Reden ist nur der Ausdruck „Savoyen“ und nicht „Nordsavoyen“ gebraucht; nur meinte ein Redner, es sei besser darauf zu dringen, daß Nord- und Südsavoyen jedes für sich stimme. — Was die nordsavoyischen Provinzen betrifft, so ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß sie einstimmig sich bei der ersten Gelegenheit für die Schweiz aussprechen und zwar bis zum Fiere-Thale. Nun dringt aber die Agitation über diese Grenze und bald wird auch, was selbst die schweizerischen „Gaz. de Savoie“ eingesteht, Südsavoyen derselben Bahn folgen. Die französischen Umtriebe haben somit gerade die entgegengesetzte Wirkung geäußert. Die „Gaz. de Nice“ spricht sich ebenso aus und weist recht derb die Präntationen Frankreichs auf Nizza und ebenso auf Savoyen zurück. Die turiner Presse ist gleich energisch in dieser Beziehung, und wir können durchaus nicht glauben, daß Graf Savour, wie man versichert, den schweizerischen Abgeordneten auf die Möglichkeit der Abtretung Südsavoyens an Frankreich hingewiesen habe. — In der Schweiz hegt man von gewisser Seite Hoffnungen auf die „Großmuth“ Napoleons, als ob von Paris allein die großen europäischen Fragen entschieden werden könnten. Man sucht eine solche Meinung von Paris aus zu verbreiten, damit die Schweiz um so fester sich an Frankreich anschließe. Es wird aber schwerlich gelingen.

Frankreich.

Paris, 15. Februar. [Die Annerion.] Das Ministerium Palmerston macht hier sehr lebhaft Vorstellungen in Betreff der Annerion Savoyens an Frankreich. Kommt dieselbe zu Stande, wie man allgemein glaubt, so hat das Ministerium Palmerston zu existiren aufgehört. Die Zeit ist längst vorüber, wo der „Moniteur“ erklärte, Frankreich habe keinen Ehrgeiz, und es habe 300 Millionen und 60,000 Mann nur für eine Idee geopfert. Freilich hat Frankreich diese Opfer für eine Idee gebracht, nämlich für die Idee, Savoyen zu besitzen. Die Besignahme von Nizza wird, wie es scheint, aufgehoben und zwar, wie man vorgiebt, aus Rücksicht auf England; aber der wahre Grund der vorläufigen Verzichtleistung auf Nizza ist der, daß man, da Venetien nicht frei geworden ist, sich begnügt, Savoyen gegen die Lombarden einzutauschen. Während man in Turin die Annerion mit großer Energie betreibt, zeigt die Regierung des Kaisers noch immer ein gewisses Schwanken. Man schreibt dasselbe den energischen Vorstellungen Rußlands zu, welches der (Fortsetzung in der Beilage.)

funden haben, daß sie nicht weniger grazios tanzen, als Harse spielen könne. Doch zurück noch einmal zur Singakademie. Gestern hatte Frau Marie Burckhardt eine Gedächtnisfeier für Spohr veranstaltet. Von mäßigen Dilettantenkräften ward Spohr's „Faust“ concertando mäßig gut aufgeführt. Ach, der Zauber dieser Musik ist so groß! Keine Heiserkeit, keine Detonation der Welt ist im Stande, den süßen Reiz, den himmlischen Duft jener Melodien zu zerstören, welche wie „Liebe ist die holde Blüthe“ in den Ehrenkranz deutscher Musik für alle Zeiten verflochten sind. Warum aber das prächtige Quartett: „Der Wein erfreut des Menschen Herz“ so matt vorgetragen ward, begreifen wir nicht. Wie oft, unter dem Weinlaub von Heidelberg von lustigen Studenten gesungen, haben wir es zehn- und zwanzigmal besser gehört! Uebrigens sind wir der Frau Marie Burckhardt aufrichtigen Dank schuldig, daß sie uns — wenn auch in nicht überall und gleichmäßig gelungener Weise — zu diesem erquickenden Brunnen reiner, unvergänglicher Musik zurückgeführt hat. Freilich war und blieb der letzte Eindruck nach dem Schluß des Concertes der Wunsch, diese Musik des heimgegangenen Meisters bald in all' jener Vollenbung hören zu dürfen, die wir seinem Werke und seinem Andenken so sehr schuldig sind. — Die bekränzte Büste Spohr's stand unter dem Orchester und die Feier begann mit einem Prologe, welchen Frln. Marie Knauß, eine junge Dame von seltener Schönheit, mit vielem Beifall vortrug.

Berlin und Leipzig, oder: Der Jongleur, Originalposse von Emil Pohl, ist nun in beiderlei Gestalt auf dem Friedrich-Wilhelmsstädtischen und dem Victoria-theater erschienen. Man kann von beiden Erscheinungsformen mit dem besten Willen nicht viel Gutes sagen. Es ist nicht mehr der beliebte höhere, sondern sogar der höchste Widsinn. Ein Student und ein Stadtreisender begeben sich, weil sie kein anderes Erwerbsmittel mehr haben, unter eine Akrobaten-Gesellschaft. Dies Auskunftsmitel steigt in Gestalt eines Seiltänzers mit der Blendlaterne bei nächstlicher Weile zu ihnen durch's Fenster hinein, um sie, die ihm bisher gänzlich Unbekannten, zu werben! Später erbt der Stadtreisende 120,000 Thaler und der Studiosus heirathet eine reiche Schneiderstochter. Nichtsdestoweniger treten sie des Abends heimlich im Circus auf und werden erst durch die Großmuth der Akrobaten-

Gesellschaft-Prinzipalin frei. Giebt es denn für Seiltänzer keine Menschenrechte und seit wann sind Akrobaten Leibeigene? Kurz, die Originalposse wimmelt von den größten Unwahrscheinlichkeiten und Widersprüchen, und wenn sie trotzdem gefallen hat, so hat sie dies in der Friedrich-Wilhelmsstadt dem ungemein amüsanthen Spiel Ascher's und auf der Victoriaabühne namentlich dem glänzenden Aufwande aller zu Gebote stehenden Mittel der Ausstattung zu verdanken. Die Darstellung der leipzig'schen Messe im zweiten Akte entfaltet eine solche bunte Mannigfaltigkeit, eine solche Pracht und Sinnigkeit des Arrangements, daß sie allein schon der Mühe eines Besuchs und eines Abends werth ist. — Die italienische Oper mit Sgr. „Manuel Carrion y Anguiano Cavaliere del Reale Ordine di Carlo III. di Spagna“, mit Sgra. Artot und de Ruda setzt ihre triumphreichen Abende fort. Morgen werden wir zuerst den „Dom Pasquale“ und zugleich eine neue Sängerin darin, eine Gräfin Willhorr, hören. Im nächsten Monate — wo auch das große Wintertheater nach vor Schluß der Saison feierlich eröffnet werden soll — wird Mad. La Grua von der petersburger Oper eintreffen; und wenn es sich bestätigt, was man bereits in hiesigen Zeitungen gelesen hat, so würde das Victoria-theater dazu auferlesen sein, in der nächsten Saison Meyerbeer's „Wallfahrt nach Ploerme!“ der Residenz vorzuführen. Die Aspekte sind gut und ich kann nicht umhin, an den lustigen Mann von der Ecke der Rue Richelieu zu denken ... „ne pleurez plus!“

Kleine Mittheilungen.

Miscellen. * Der neue Odysseus. Alexander Dumas hat sich bekanntlich eine Nacht in Syra für längere Fahrten bauen lassen, die „Monte-Christo“ getauft ist. Er brauchte daher eine Flagge, und da er nicht unter der griechischen Fahne fahren wollte, petitionirte er um die der Pilger, nämlich um die von Jerusalem. Die Privilegien, welche diese hat, und die sie selbst im Kriege von allen Nationalitäten unangestastet lassen, bestimmten ihn zu dieser Wahl. Außerdem hatte es für einen Komantier noch etwas Verlockendes, die fünf rothen Kreuze dieser Flagge aufzuheben zu können. Dumas wendete sich also deshalb an das französische Konsulat, das sie nicht ausliefern konnte; er mußte sich an den Prior der Franziskaner in Livorno wenden, der sie ihm verweigerte und nach Florenz schickte, wo er endlich durch Vermittlung des Grafen Piccolomini das Gewünschte erhielt. Der „Monte-Christo“ liegt gegenwärtig in Marseille, wo er mit Kupfer ausgefüttert wird. Ist er

einmal ganz in Stand gesetzt, so wird der neue Odysseus seine Meerfahrt antreten.

* Während sich unsere früheren Dichter und Denker mit löschpapiernen Ausgaben bescheiden mußten, wird jetzt für die unbedeutendsten literarischen Produkte Velin und Goldschnitt nicht gepart, um sie auf die Toiletentische der Damen zu bringen. Diese düstere Eleganz wird besonders in Paris ambitionirt; in dem schönen Kleide steht aber jumeist der erbärmlichste Inhalt. Wer von den pariser Schriftstellern eben in der Mode ist, wird todtet herausgegeben. Der größte Luxus jedoch wird mit Gebetbüchern getrieben. Madame Gruel-Engelmann in der Rue Royale hat Salons voll Bücher, die man aus allen Klöstern hervorgeholt glauben könnte, so reich und prächtig sind sie ausgestattet. Solche Werke, zu deren Schmutz der Farbenbrud alle Mittel aufgewendet hat, wo jeder Initial mit einer Bignette verziert, jede Seite mit Arabesken umrandet, jedes Gebet von einem Kupferstich nach Raphael oder Overbeck begleitet ist, sind schon ihres hohen Preises wegen, der von 500 Franken aufwärts steigt, nur für Damen aus der vornehmen und reichen Welt möglich. Die Einbände mit Beschlägen und Schließfächchen von Elfenbein, Silber und Gold, sind im byzantinischen und gothischen Geschmack ausgearbeitet.

* Der Kaiser von China im „Gothaischen Kalender“. Der Kaiser von China ist heuer zum erstenmale im „Gothaischen Kalender“ aufgeführt. Sian-Fien (vollkommenes Glück) ist der sechste Kaiser der Lin-Dynastie, die im Jahre 1644 auf die Min-Dynastie folgte. Er nimmt unter den Herrschern, die seit 4702 über die Nachkommen Chams gesetzt sind, die 24. Stelle ein. Ihm ist bisher keine Unternehmung geglückt, und das Volk des „himmlischen Reiches“ war nie in einer so kläglichen Lage als unter diesem chinesischen Romulus Augustulus, der in einem Alter von 20 Jahren Vater von 45 Millionen Unterthanen wurde.

* [Merztinnen.] Vor einigen Jahren promovirte eine Miß Elisabeth Wadwell in Newyork zum Doktor der Medizin. Aber nicht genug, sie hat nicht bloß eine sehr gute Praxis gefunden, sondern auch ein Colleg für Medizin studirende Damen errichtet, welches von circa 200 Studentinnen besucht wird. Mehrere ihrer Schülerinnen sind bereits ebenfalls Doktoren geworden. Neuerdings ist sie nach London übergekommen, um auch dort, auf einem gehaltenen Meeting, zur Nachfolge anzutreten. Eine reiche Dame soll sofort zur Begründung eines medizinischen Damen-Collegs für England 5000 Pfd. St. Kapital und 300 Pfd. St. jährlichen Beitrag gezeichnet, und Lady Byron, die Wittve des Dichters, ein Haus dazu zur Verfügung gestellt haben. Die englische Auffassung scheint vorzüglich die zu sein, für specifisch weibliche Krankheiten die Behandlung durch Männer entbehrlich zu machen.

(Fortsetzung.)

Meinung ist, daß, wenn man in Italien etwas Dauerndes zu Stande bringen will, das Einverständnis der fünf Großmächte erforderlich ist, und demzufolge den Zusammenritt einer Konferenz wünscht. — Das „Journal des Debats“ ist, wie seine Eigenthümer versichern, nicht verkauft, aber es steht auf dem Punkte, seine hohe Klientel zu verlieren.

Die offiziöse „Revue Europeenne“ enthält heute eine vom Generalen und Verleger E. Dentu unterzeichnete Chronik über Savoyen und Nizza, der wir folgende bezeichnende Stellen entnehmen: „Verschiedene Blätter konstataren die nationalen Kundgebungen, die auf unsern südlichen Grenzen gegen eine Einverleibung Savoyens und Nizzas gemacht wurden, und in London wie in Turin sprach man es aus, daß es sich da um eine ernste Frage handle, und daß es schwer sei, den Savoyarden das zu verweigern, was man für die Toscaner und die Romagnolen verlange. Wir unsererseits fahren fort zu glauben, Savoyen und Nizza seien französisch im Herzen, und sind überzeugt, daß in dem Augenblicke, in welchem sich im Norden der Halbinsel ein großes italienisches Reich bildet, der Schlüssel zu den Alpen in Frankreichs Händen liegen müsse. So erheischen es die guten Beziehungen der beiden Länder, deren Allianz auf dem Schlachtfelde besiegelt ist. Frankreich mag keine Eroberung machen, es hat auf dem Schlachtfelde bewiesen, daß es auch ohne Vergrößerung mächtig genug sei. In unserm Jahrhundert zählt man die Werke der Völker nicht nach den Quadratmeilen der eroberten Länder und es ist niemals ein unfruchtbarer Ruhm, sich für das Recht und die Gerechtigkeit aufzuopfern. ... Wenn Frankreich nun eine Provinz mehr zählen soll, so haben wir die Gewissheit, daß dieser Akt seiner Vergrößerung bloß die Anerkennung der freiwilligen Wünsche der Bevölkerung sein wird. Die Heftigkeit der Sprache von Lord Shaftesbury und der Beifall des „Advertiser“ werden selbst in England niemand täuschen. Die „Times“, die man stets zu Rathe ziehen muß, will man die Meinung jenseits des Kanals kennen lernen, haben selbst über die Heftigkeit des edlen Lords gespottet und erklärt, daß die nationale Würde Schweigen gebiete, da England nun einmal den Willen habe, sich der Erfüllung dieser Pläne nicht zu widersetzen. Alle Versuche, das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und England zu stören, werden scheitern des Interesses an der Allianz wegen, welcher Napoleon III. alle möglichen Zugeständnisse macht.“ Man sieht, die offiziellen Schreiber werden immer deutlicher und dringender. Noch ein anderes Regierungsblatt erhebt sich sehr lebhaft gegen die piemontesische Politik, indem es bemerkt, daß Graf Cavour ein gewagtes Spiel treibe und daß er nicht glauben solle, Mittelitalien einverleiben zu dürfen, ohne sich in Sachen Savoyens und Nizzas den legitimen Wünschen Frankreichs gefügt zu haben. — Wie es heißt, sind Offiziere des französischen Generalstabes mit einer besonderen Mission an die preussischen und süddeutschen Grenzen geschickt worden. Will man da etwa auch eine „legitime Annerxion“ vorbereiten?

Großbritannien.

London, 15. Februar. [Meeting der Konservativen.] Die Versammlung der vom Grafen Derby im Oberhause und von Herrn Disraeli im Unterhause geleiteten Oppositionspartei zur Feststellung der Haltung, welche die Partei dem Handelsvertrage und dem Budget gegenüber beobachten wolle, hat gestern Nachmittag (wie telegraphisch bereits gemeldet) im Hause des Marquis v. Salisbury (des Geheimraths-Präsidenten unter dem letzten Tory-Kabinet) stattgefunden. Berichterstatter waren begreiflicherweise ausgeschlossen. Man weiß jedoch, daß zwischen 170 und 180 Parteimitglieder sich eingefunden hatten, unter ihnen Lord Derby, Herr Disraeli, Sir John Pakington, Lord John Manners, General Peel, Lord Malmesbury und andere Notabilitäten der Partei. Ueber das, was verhandelt und beschlossen wurde, sind die Angaben weniger verlässlich. So viel scheint aus den vielen, zum Theil einander widersprechenden Mittheilungen hervorzugehen, daß Lord Derby seine Partei nicht zu einem entscheidenden Angriffe auf das Cabinet ermunterte, und daß kein Versuch gemacht werden wird; dem bereits ratifizirten Handelsvertrage die Genehmigung des Parlaments vorzutragen. Es verläutet ferner — dies jedoch mit Variationen der mannigfaltigen Art — daß die Opposition gegen das Budget nicht bis zur Abstimmung getrieben werden soll, mit anderen Worten, daß die Grundprinzipien desselben zwar heftig angegriffen werden sollen, ohne daß es jedoch im Plane läge, das Cabinet durch einen direkten Antrag in die Alternative des Abdanckens oder Parlaments-Auflösens zu drängen. — In den heutigen Journalen sucht man vergebens nach umfassenden Berichten über diese gestrige Versammlung. Der „Morning-Herald“, der vor allen Andern in der Lage wäre, den Hergang zu erzählen, schweigt, um dem Operationsplane seiner Partei nicht durch vorzeitige Veröffentlichung zu schaden.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 18. Februar. [Kirchliches.] Morgen werden die Amtspredigten gehalten werden von den Herren: Pastor Girth, Diaconus Dr. Gröger, Lector Radner (bei Bernharden), Rand. Schiebewitz (Hofkirche), Pastor Legner, Divis.-Prediger Freyschmidt, Pred. März, Pred. Dendorff, Pastor Stäubler, Pred. David, Eccl. Laffert, Konsistorialrath Dr. Gaupp (zu Bethanien).

Nachmittags-Predigten: Dial. Pietsch, Subsenior Weiß, Senior Dietrich, ein Kandidat (Hofkirche), Pred. Hesse, Eccl. Kutta, Pastor Stäubler, Pred. Esler.

Mittwoch, den 15. Februar, empfangen in der Magdalenen-Kirche durch Herrn General-Superintendent Dr. Hahn die Ordination: C. F. S. Seeliger, berufener Pfarrer zu Ludwigsdorf, Kreis Schönau, N. Lübin, berufener Witar zu Ober-Stephansdorf, Kreis Neumarkt.

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung
am 16. Februar.

Anwesend 74 Mitglieder der Versammlung. Die geschäftlichen Mittheilungen betrafen: die Rapporte des Stadtbauamts für die Woche vom 13. bis 18. Februar; die Nachweisung der Arbeitshaußinspektion für den Monat Januar, welche ergab, daß 118 Gefangene aus der Anstalt entlassen und 237 Gefangene am Schlusse des Monats in Haft geblieben waren; die Zuwendungen der Jahresberichte seitens des Präsidiums der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur, des Direktoriums des Augenhospitals für kranke Kinder armer Eltern und des Verwaltungsrathes des Gesundheits-Vereins. Die Wirksamkeit des Augusten-Hospitals im verfloffenen Jahre ist wiederum eine gesteigerte gewesen. 654 kranke Kinder sind durch die Anstalt gepflegt worden, und zwar 118 im itabilen Hospital, Schwerdtstraße Nr. 2, und 536 in der mit dem Hospital verbundenen ambulatoirischen Anstalt, welche sich gegenwärtig über alle Theile der Stadt erstreckt. Auch die Thätigkeit des Gesundheits-Pflegevereins war eine umfassende. 3994 Personen wurden ärztlich behandelt; eine Aufforderung der Gewerbe-Buchhandlung Kühn in Berlin zur Subskription auf die Schrift: „Die sociale Privathilfe.“ Die Subskriptionsliste wurde im Bureau der Versammlung ausgelegt, um den Mitgliedern, welche sich für die Schrift interessieren möchten, Gelegenheit zur Zeichnung zu geben; endlich die Verhandlungen über die Vernichtung der im vorigen Jahre un-

getauften 4 1/2 procentigen Kämmerer-Obligationen und der Termin Johannis gekündigt und durch Baarzahlung der Valuta eingelöst. 4 1/2 procentigen Stadtbligationen. Der Umtausch hat sich auf 52 Stück Kämmerer-Obligationen im Werthe von 21,200 Thalern, die Einlösung auf 54 Stück Stadtbligationen im Werthe von 9900 Thalern erstreckt.

Ein Besuch der Hausbesitzer des unteren Theiles der Friedrich-Wilhelmsstraße und Vermittelung, daß jene Straßenstrecke recht bald mit einer Wasserrohr-Leitung und mit Gasbeleuchtung versehen werde, ward dem Magistrat zur Befindung und demnächstigen Vorbescheidung der Betenden zugestellt. Das Gesuch des Vereins zur Beförderung des Seidenbaues in der Provinz Schlesien, um Fortgewähr der aus der Kämmererlei erhaltenen Beihilfe, gelangte an die Finanz- und Steuerkommission zur Erwägung desselben bei Prüfung des Kämmerer-Etats für die Verwaltung der verschiedenen Einnahmen und Ausgaben pro 1860.

Zufolge des neuen Reglements für die Realschulen erster Ordnung wird bei der Realschule zum heiligen Geist die Theilung der Quarta wegen Ueberfüllung derselben notwendig. Es soll also eine Quarta B. von Ostern d. J. ab errichtet und an dieselbe ein Lehrer als Kollaborator mit 500 Thlr. Gehalt berufen werden. In Anerkennung des Bedürfnisses und da auch inzwischen Vorschläge zur Beschaffung und Einrichtung des benötigten Klassenraumes eingegangen waren, genehmigte die Versammlung die vorgeschlagene Kreierung und Dotierung einer zweiten Kollaboratur an der vorbezeichneten Lehranstalt.

Der Vorstand des Hospitals für hilflose Diensthoten beantragte: das zum Hospital-Grundstücke gehörige Gartenhaus nebst Garten, beide bisher für 64 Thlr. jährlich verpachtet, von Ostern d. J. ab nicht weiter zu vermieten, vielmehr das sehr baufällige Gartenhaus, dessen Herstellung eine namhafte Kostenmenge erfordern würde, zum Abbruch zu vertheuern und den Garten den Hospitalisten zur Benutzung zu überlassen. Die Versammlung erklärte sich, in Uebereinstimmung mit dem Magistrat, für den Antrag. Eben so sprach sie sich für die Annahme und Vollziehung zweier Resol. aus, welche in der Hinschlüssungs-Sache von Illnisch und Kertschütz (Kreis Neumarkt), ausgefertigt worden waren. Der eine dieser Resol. betrifft die Ablösung des von dem Rittergute Kertschütz an das kranke Hospital zu Allerheiligen zu leistenden Silberzinses, der andere die Ablösung dreier von den Rittergütern Kertschütz und Illnisch an das hiesige Hospital zum heiligen Geist zu leistenden Zinses.

Beimilligt wurden: 70 Thlr. Unterstützung an vier Elementarlehrer. Der Betrag bildet den Ueberrest des für das verfloffene Jahr in dem Elementar-Schulen-Etat ausgegebenen Unterstützungs-Quantums; 10 Thlr. Gratifikation für geleistete Manuallienste bei dem Katalogirungs-Geschäft der von Abbeidigerischen Bibliothek; 50 Thlr. zur Verstärkung des Ausgabebetitels auf Unterrichtsmittel im Elementar-Schulen-Etat pro 1859; 35 Thlr. zur Verstärkung des Beleuchtungskosten-Titels im Etat der Realschule am Zwinger pro 1859; 150 Thlr. zur Verstärkung des Beleuchtungskosten-Titels im Etat des Kinder-Erziehungs-Instituts zur Ehrenpforte pro 1859; 7 Thlr. zur Verstärkung des Titels an Abgaben und Laiten im Etat des Hospitals für hilflose Diensthoten pro 1859/61 und zwar für jedes Jahr der bezeichneten Etats-Periode.

Der für das Jahr 1860 aufgestellte Stadthaushalts-Etat enthält nächst der Zusammenstellung der Resultate aus sämtlichen ordentlichen Spezial-Etats der Kämmerer, unter einem besonderen Abschnitt alle einmaligen außerordentlichen Ausgaben, welche in zwei Hauptgruppen zerfallen, a) in Ausgaben bei den eigentlichen Kämmerer-Verwaltungen, b) in Ausgaben bei der mit der Kämmerer durch Zu- oder Ueberlassung in Verbindung stehenden Verwaltungen. Diese Ausgaben zur Summe von 90,977 Thlrn., im überwiegendsten Betrage zu Bauten und baulichen Einrichtungen bestimmt, wurden in der heutigen Sitzung geprüft und in folgender Weise festgestellt: mit 2919 Thlrn. zur Erbauung eines neuen Guterschuppens auf dem Pachhofe in der Nikolavorstadt und zur Pflasterung einer Fahrbahn vom Ausgang des Pachhofes über den offenen Auslaßplatz bis zum Anschluß an das Plaster in der neuen Dörferstraße; mit 2000 Thlrn. zu ferneren baulichen Einrichtungen und Verbesserungen im Schladthofe; mit 500 Thlrn. zur Erbauung eines neuen Eisbrechers in der Reihe vor dem Strauchwehre; mit 820 Thlrn. zur Umänderung der an Ketten und Armen in Leinen hängenden Laternen, in solche, welche auf Armen oder Pfählen feststehen; mit 10,085 Thaler zur Anlage von Wasserleitungen von der Siebenhubenerstraße über die Sonnenstraße bis zur Gräbichenerstraße, vom „deutschen Kaiser“ in der Friedrich-Wilhelmsstraße bis zur Marianenstraße, von der Lauenzienstraße über die Reichgasse bis zur Grünstraße, vom Kloster der bambergischen Brüder in der Klosterstraße bis zu der nach der Bormerksstraße führenden neuen Verbindungsstraße; mit 560 Thalern zur Anlage einer Saug-Pumpe vor den Grundstücken Nr. 10 und Nr. 11 in der Matthiasstraße. Unter der Abtheilung zur Unterhaltung der öffentlichen Brunnen und Höhren standen noch 310 Thaler zur Verlegung der beiden Brunnen auf dem Zwingerplatze. Die Nothwendigkeit der beabsichtigten Veränderung ward nicht anerkannt und demnach die Abweisung des Kostenbetrages vom Etat beschlossen; mit 17,490 Thalern zur Anlage von Kanälen: in der Dhlauerstraße von der Bischofsstraße bis zur Weintraubengasse, in der Kreuzung der Dhlauer- und Altbüßerstraße, in der Schubrücke von der Junkerstraße über die Dhlauerstraße hinweg, in der Blumenstraße von der Lauenzien- bis zur Stadtgrabenstraße, in der Reuschenstraße von der Dhlau bis zur Wall- und bis in die Nikolaistraße, in der Bormerksstraße von der Grünstraße bis zum Kanal am Stadtgraben, in der Kreuzung der Sternstraße und Neuen-Junkerstraße, von der Schmiedeburg am Kaiserthor über den Universitätsplatz in den Kanal in der Burgstraße und Umbau des Letzteren von der Dörferstraße bis zur Wasserkläre; mit 2560 Thalern zur Regulirung der Kreuzstraße und zur Anlage von Steinsteinen in derselben und der Umgegend; mit 1010 Thalern zur Aufstellung einer Umwehrung an dem Wassergrange unterhalb der Fiegelbation und zur Herstellung der dortigen Spulungsmauer; mit 14,685 Thalern zur Herstellung resp. Verlängerung der von Kämpfischen Erdzunge, zur Herstellung eines niedrigen Pfahlfußers mit abgeplasterter Wöschung am linken Ufer des Sandbrüde, zur Anlage eines Wohlwerkes oberhalb der Sandbrüden im Steinbänne und zur Verbreiterung des Letzteren, zur Herstellung der Schluß-Pfahlfreihe im Untergerente des Strauchwehres; mit 15,000 Thalern zur Beschaffung des eisernen Belages auf die Sandbrücke; mit 21,000 Thalern zur Erwerbung einiger Häuser. Die übrigen 2038 Thaler haben die Bestimmung, einige bauliche Bedürfnisse bei den Kirchen, namentlich bei der Kirche zu St. Bernharden zu befriedigen. Es soll das Presbyterium in würdiger Weise hergestellt und im Predigerhause mehrere verbessert werden. Zu einzelnen Bauprojekten wurden besondere Anträge gestellt und dem Magistrat zur Erwägung und Berücksichtigung empfohlen. So soll der Kanal in der Blumenstraße direct in den Hauptkanal am Stadtgraben eingeführt; auf die Weiterführung des Kanals in der Bormerksstraße von der Grün- bis zur Bräderstraße schon im nächstjährigen Etat Bedacht genommen, mit der Angriiffnahme des Kanalbaues über den Universitätsplatz wegen des damit in Verbindung zu bringenden Zweigkanals durch das Kaiserthor erst nach Austrag der Verhandlungen wegen Befestigung des Kloaks aus dem Universitätsgebäude vorgegangen, eventuell jeder Verunreinigung des neuen Kanals durch den Kloak vorgebeugt, an Stelle der Schluß-Pfahlfreihe beim Strauchwehre ein Schutz des Untergerentes durch Faschinenwerke und Einfüllde bewerkstelligt, bei der Renovation des Presbyteriums in der Bernharden-Kirche statt der projektierten Holzvertäfelung ein dauerhafter Cementaputz und Desanstrich gewählt und die neuen Apartements im Gehöfte des Predigerhauses in größerer Entfernung von dem daselbst befindlichen Brunnen angelegt werden. Auch ward Magistrat angegangen, die Kostenanschläge für die Bauten bei der Bernharden-Kirche vorher technisch prüfen zu lassen, die Ausführung sämtlicher Bauten, so weit es nur irgend zulässig, in Verbindung zu geben und zu diesem Behufe die Bedingungen mit der Versammlung zu vereinbaren — ferner in den künftigen Stadthaushalts-Etat nur eine Zusammenstellung der einmaligen außerordentlichen Ausgaben aufzunehmen, dagegen jedem ordentlichen Spezial-Etat die den Verwaltungszweig treffenden außerordentlichen Ausgaben in einem besonderen Anhang und die dazu gehörigen Beläge beizugeben, damit die Fach-Commission, welche den ordentlichen Etat geprüft, auch die Prüfung der außerordentlichen Ausgaben vornehmen könne.

Dr. Gröger, C. Jurock, Frieße, B. Hyanf.

Breslau, 18. Februar. [Tagesbericht.] In Bezug auf den projektierten Neubau des Stadthauses an Stelle des Leinwandhauses scheinen die Akten nunmehr vollständig geschlossen zu sein. Der Neubau soll nach dem bekannten Plane baldmöglichst in Angriff genommen und innerhalb 2 Jahren zu Ende geführt werden. Vor-

einigen Tagen wurden auch bereits die zur Ausschmückung des Gebäudes bestimmten Stein- und Bildhauerarbeiten vergeben. Wie man hört, wäre die Aussicht auf Offenlegung der Elisabethstraße dadurch gänzlich geschwunden, daß die betreffenden Hausbesitzer für Abtretung ihrer Grundstücke unverhältnißmäßig hohe Anforderungen gestellt. Wären diese billigerer Natur gewesen, so würde jedenfalls der gegenwärtige Bauplan, nach dem übrigens der neue Schwibbogen eine Höhe von 26 Fuß erhält, noch wesentliche Modifikationen zu Gunsten der Elisabethstraße erfahren haben. — Für die Errichtung eines Borten-Gebäudes in Berlin werden in Schlesien ca. 150 feinere Säulen gebrochen, deren Bearbeitung in einem Dampfschleifwerk des hiesigen Steinmetzmeisters Bungenstab erfolgen wird.

* Der Eisenbahnzug aus Warschau hat heute Nachmittag den Anschluß an den Schnellzug von Myslowitz nach Breslau nicht erreicht.

[In der gestrigen Männerversammlung der konst. Bürger-Resourcel sprach Herr Sanitäts-Rath Dr. Springer über die Armen-Krankenpflege in Breslau. Der Vortragende hatte dies Thema schon früher einmal behandelt, indem er die Entstehungsgeschichte des „Hospitals zu Allerheiligen“ vorführte. Daran knüpfte er gestern eine Skizze von dem Entwicklungsgange des jetzigen „Armenhauses“. Dasselbe war ehemals mit einer Arbeits- und Zuchtanstalt verbunden, erfreut sich aber in seiner gegenwärtigen Gestalt der humansten und trefflichsten Einrichtung unter der wackeren Leitung des Hrn. Stadtraths Gerlach, der sich um die Reorganisation dieses wohlthätigen Instituts wesentliche Verdienste erworben hat. Die Zahl der täglich im Armenhause verpflegten Inquilinen beläuft sich auf ca. 220—30, worunter gewöhnlich 100 Kinder. Außerdem sind gewöhnlich 50—60 Inquilinen in einer besonders abgetheilten des Classenschen Siechhauses untergebracht. Die Kosten für Unterhaltung beider Anstalten, in denen für Gottesdienst, Schulunterricht und Krankenpflege bestens gesorgt ist, betragen über 12,000 Thlr. jährlich.

[Musik.] Das gestrige 6te Abonnements-Konzert der Springer'schen Kapelle, — schon ausgezeichnet im Ganzen durch die Vorführung beliebter Konzerte von Beethoven, Meuberber, Spohr (Ouverture aus Jessonda), Maurer (Sinfonie F-moll) u. s. w., — erfreute das zahlreiche Publikum auch noch besonders durch das Violinpiel der 11jährigen Franziska Schön (Nichte und Schülerin des Igl. Musik-Direktor M. Schön). Das Spiel war auch in den schwierigsten Passagen (Doppelgriffen, Octavenläufen etc.) durchweg korrekt und sauber und zeigte von einer Sicherheit, welche mit gleichzeitiger Berücksichtigung des geringen Alters der kleinen Virtuosa zu noch größeren Erwartungen berechtigt.

[Jägerball.] Der Kuzner'sche Saal hatte sich gestern in ein festliches Gewand gekleidet und war mit Fahnen in den preussischen und schlesischen Farben, sowie mit Geweißen, Helmen und Hirschjägern, welche die Wände schmückten, angemessen decorirt. Die hiesigen Jäger hatten unter sich ein Tanzvergnügen veranstaltet, das zahlreich besucht war. Der Kommandant hiesiger Stadt, Herr General-Major v. Derenthall, und viele Offiziere der hiesigen Garnison, namentlich das gesammte Offizier-Corps des Jägerbataillons mit dem Herrn Major v. Blankensee an der Spitze, waren erschienen. Letzterer eröffnete den Ball und führte die Polonaise auf.

[Eine wichtige breslauer Erfindung.] Nach einer Zeitungs-nachricht fand man neulich bei einem Gauner in Bremen ganze Säde gebrauchter Briefmarken aller Länder, wovon ein Theil bereits so sauber abgewaschen war, daß man sie von neuen Marken nicht unterscheiden konnte. Einzigeigefügt ist die Bemerkung, daß es noch immer nicht gelungen sei, eine unausschließliche Dinte oder Schwärze herzustellen, um die Meinung benutzer und überstempelter Briefmarken zum abermaligen Gebrauch unmöglich zu machen. Es freut uns diesem gegenüber, an eine hiesige Erfindung erinnern zu können, welche den angegebenen Zweck vollkommen erfüllt, und auf die wir schon vor Jahren (S. Nr. 365 der Bresl. Ztg. vom J. 1853 und Nr. 89 v. J. 1854) aufmerksam gemacht haben. Wir meinen das Schiffs-telische Fabrikat, dem auch die günstigsten Zeugnisse zur Seite stehen. So Alteste der königlichen Ober-Postdirektion und des hiesigen L. Polizeipräsidentiums, welche Referent selbst eingefehen hat.

[Auch ein zehnjähriger Gedentag.] Am 22. Februar sind es zehn Jahre, seit wir durch einen vom Gewitter begleiteten Orkan auf eine, was das erstere betrifft, für diese Jahreszeit ungewöhnliche Weise in Grausen und Schreden verjagt wurden.

[Unglücksfall.] Wie unzweifelhaft leicht einen üblen Ausgang haben können, davon wurde gestern in Lehmgroben ein trauriger Beweis geliefert. Zwei Knaben trieben ihren Scherz, der bald dahin ausartete, daß der eine von ihnen den andern mit einer Stednadel mehrfach stach, wodurch dieser so gereizt wurde, daß er das Stück einer zerbrochenen Fensterverleibe ergriff und damit auf seinen Begner einbrang. Die spitze Waffe verlor leider das eine Auge, durchbohrte das Lid desselben und drang dann tief in das Auge selbst ein. Die Wunde ist der Art, daß sie leicht den Verlust des ganzen Auges herbeiführen kann.

[Ermittlung.] Die bei dem Einbruch auf der Kleinen-Großengasse Nr. 30 am Dinstag entwendeten Sachen sind, wie wir hören, schon in der nächsten Nacht auf der Paradiesgasse bei verdächtigen Personen aufgefunden und in Beschlag genommen worden. Man hat bei dieser Gelegenheit auch noch andere, wahrscheinlich schon früher gestohlene Gegenstände, entdeckt und 3 Personen verhaftet. Jedenfalls ist der öffentlichen Sicherheit mit der Sicherung derselben ein wesentlicher Dienst geleistet.

[Der Herr Landrath Freiherr von Ende] macht in dem hiesigen Kreisblatte Folgendes bekannt: „Es ist mir angezeigt worden, daß eines Tages am Schlusse des vorigen Jahres in dem Welter'schen Schank-locale auf der Gräbichener-Strasse in Gegenwart mehrerer Kräutler und Land-bewohner die Rede davon gewesen, wie die Entschädigung für das an der Rinderpest gefallene oder polizeilich getödtete Rindvieh bemessen und berechnet werde? und bei dieser Gelegenheit der Thierarzt Hinfelshaus geäußert habe: „Ueber diese Frage könne er die beste Auskunft geben, er habe mit dem Herrn Landrath darüber gesprochen, und dieser habe ihm mitgetheilt, daß die Vergütung für das gefallene und getödtete Vieh sich lediglich nach der politischen Gesinnung und Führung des Besitzers richte.“ — Diese Erklärung soll unter allen Umständen eine große Bewegung und mannigfache gehässige Diskussionen hervorgerufen haben. — Um jedem weiteren Gerüde, welches hierdurch hervorgerufen sein könnte, zu begegnen und ängstliche Gemüther zu beruhigen, mache ich hierdurch bekannt, daß 1) der Thierarzt Hinfelshaus laut protokolirlicher Verhandlung vom 11. d. M. entschieden bestritten hat, eine derartige Aeußerung gethan zu haben; 2) die Entschädigung für das gefallene oder getödtete Vieh in Gemäßheit des Gesetzes vom 30. Juni 1841 jedesmal gerade so hoch ist, wie der Besitzer dasselbe gegen Rinderpest versichert hat, und über die Höhe der Versicherung die bei den Vorgerichten und in meinem Bureau befindlichen Vieh-Versicherungs-Kataster genaue Auskunft geben.

[Verkehrsstörungen.] Während unsere Eisenbahnzüge in den letzten Tagen mit unerheblichen oder gar keinen Verspätungen angekommen sind, veräumte der heutige Mittagszug der freiburger Eisenbahn über 1 1/2 Stunde und traf erst gegen 4 1/2 Uhr hier ein. Ursache der Verspätung war dem Vernehmen nach das Schadhastwerden der Maschine hinter Canth, indem sie ihre Dienste versagte, und erst eine andere Lokomotive von hier dorthin telegraphirt werden mußte. — Der Verkehr auf den Chausseen ist zum Theil noch gehemmt. Die Posten aus Kreuzburg, Kempen, Dstrowo und Krotoschin kommen noch mit 1- bis 2stündigen Verspätungen hier an, und liegt dies an den außerordentlichen Schneemassen, die an manchen Stellen nur im Schritt zu fahren gestatten. Auf anderen Strecken dagegen ist der Schnee von der Straße glatt weggefegt. Von Dels bis Schmarze liegt er ellenhoch. Wie wir hören, sind auf der Tour von Trebnitz bis Rapsdorf seit mehreren Tagen 40 Arbeiter beschäftigt, um die Schneeverwehungen auf der Chaussee in den Bergen zu beseitigen. Die Straßen nach Münsterberg und Glaz sind frei. — Bei diesem überall in Massen gefallenen Schnee sind übrigens Ueberschwemmungen, wenn plötzliches Thauwetter eintreten sollte, sehr zu befürchten.

Wöwenberg, 17. Februar. Die hiesigen Stadt-Verordneten...

Reichenbach, 11. Februar. [Katholischer Gesellenverein.]

Notizen aus der Provinz. * Liegnitz. Am Schlusse des vorigen Jahres betrug die Seelenzahl unserer Stadt 17,124...

Neurode. Wie das „Industrieblatt“ berichtet, ist in unserem Gebirge dieses Jahr ein eigentümlicher Winter...

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen. X Posen, 16. Februar. [Zur Gasanstalt.]

Geschgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 17. Februar. [Schwurgericht: Verhandlung des Breslauer-Kosterlitz'schen Prozesses.]

Der Kaufmann Breslauer ist seit dem Monat April 1854 unter der Firma: „S. Löw's Söhne u. Comp.“ etablirt gewesen.

Die Ermittlungen haben nun zunächst ergeben: A. daß Br. seine Handlungsbücher so geführt hat, daß dieselben keine Uebersicht seines Vermögenszustandes gewähren.

Gutachten dahin abgegeben: daß die Bücher eine Uebersicht nicht gewähren, und vermöge ihrer Beschaffenheit auch eine Uebersicht nicht gewähren können.

So sind z. B. in den Büchern manche Schuldforderungen gebucht, welche längst ganz oder theilweise getilgt waren.

B. Daß der Angeklagte Br. einen Theil seines Vermögens bei Seite geschickt habe. Erkannt ist bereits, wie Br. aus seinen eigentlichen Geschäften (Kleiderhandel) einen nicht unbedeutenden Gewinn gezogen hat.

Der Buchhalter Jung und die Kinderfrau Ww. Gräß haben nun befunden, daß wenige Tage vor Anmeldung des Konkurses eine nächtliche Zusammenkunft in dem Zimmer des Br., in welchem der Geldschrank gestanden, stattgefunden.

Ferner wird Br. beschuldigt, daß er C. Schulden anerkannt hat, welche theilweise erdichtet seien, und mit Bezug auf dieses Verbrechen soll sich der Kaufmann Salamon Kosterlitz der Theilnahme ebenfalls vorzüglich, bei der Beweisaufnahme der Breslauerischen Vermögenssüchse schuldig gemacht haben.

Die Schuld sei aber, wie die Anklage hervorhebt, theilweise erdichtet. — Die Summe ist verzeichnet in der Cladde, dem täglichen Journal des R., hieraus ins Journal und aus diesem ins Hauptbuch übertragen.

Endlich ergibt sich aus dem Sachverständigen-Gutachten und aus dem eigenen Zeugnisse des Br., daß er D. unterlassen habe, die Bilanz seines Vermögens jährlich zu ziehen, und K. daß derselbe durch Aufwand übermäßige Summen verbraucht habe.

Nach den Feststellungen hat das hiesige Geschäft des Br. einschließlich der Haushaltung auf 1. Jahr 2660 Thlr. 27 Sgr., das ratiborer Geschäft auf 15 Monat 1647 Thlr. 23 Sgr. Unkosten zu tragen gehabt.

a. im Frühjahr 1859 von seinem Schuldner, dem Oberamtmann Schmidt, sich höhere Zinsen, als die Gesetze zulassen, vorbehalten und zahlen gelassen, b. im Jahre 1858 100 Thlr., welche er mit der Verpflichtung erhalten hatte, dieselben an den Techniker Heyn abzuliefern, zu dessen Nachtheil für sich verbraucht, c. im Jahre 1859 eine Summe Geldes, welche er mit der Verpflichtung, sie an den Maurermeister Geisler abzuliefern, erhalten hatte, zum Nachtheil des Eigenthümers für sich verbraucht zu haben.

Beide Angeklagte erklärten sich bei dem nach Verlesung der Anklageakte mit ihnen vorgenommenen Verhör in der Hauptsache für nicht schuldig. Breslauer ließ sich in weitausläufiger Weise dahin aus, er habe bei der von ihm zugegebenen unrichtigen Buchführung und unterlassenen Bilanzziehung keine betrügerische Absicht gehabt.

Die Beweisaufnahme erbeizte die Vernehmung von mehr als 30 Zeugen und Entlastungszeugen, obwohl der Gerichtshof eine Anzahl der letzteren, deren von der Vertheidigung in Aussicht gestellte Angaben für unerheblich erachtet wurden, zurückgewiesen hatte.

Heute (den 18ten) Früh ward die Verhandlung wieder aufgenommen, und der ganze Vormittag von den Advokaten der Staatsanwaltschaft und der Vertheidigung ausgefüllt.

Hierauf entgegnete Herr Justizrath Plathner, für Breslauer plaidirend, wie nach dem eigenen Ausspruch der Sachverständigen die ganze Angelegenheit sehr dunkel sei.

bernder Umstände. Diefem Antrage schloß sich Herr Justizrath Fischer als Vertheidiger des Kosterlitz an, und widerlegte namentlich die gravirenden Momente, welche die Staatsanwaltschaft aus den früheren Unterfuchungen seines Defendenbten hergenommen hatte.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

[Die Regulirung des Oderstromes.] Der in der Sitzung vom 5. Mai 1859 vom Abgeordnetenhaus angenommene Kommissionsantrag: die Petition des Kaufmanns Kopisch in Breslau, betreffend die Regulirung des Oderstromes, der königl. Staatsregierung zu überweisen, damit dieselbe dem Hause einen Kostenüberschlag und einen Ausführungsplan in extenso für die zusammenhängende Regulirung des Oderstromes vorlege, aus welchem zugleich zu ersehen sein müße, welche Beiträge von den beteiligten Provinzen und Corporationen zu erwarten sind, ist in einer den Abgeordneten so eben mitgetheilten Denkschrift erledigt worden.

Rio Janeiro, 7. Januar. [Die Entwiklung der Kaffeeproduktion Brasiliens] ergibt sich aus folgender Zusammenstellung des Exports unseres Plazes. Derselbe betrug: 1820 97,500 E., 1830 391,785 E., 1840 1,068,418 E., 1850 1,392,361 E., 1859 2,064,839 E.

* Breslau, 18. Februar. [Börse- und Wochenbericht.] Die von Wien angelangten günstigeren Notirungen verfehlen nicht, auch hier eine bessere Stimmung, besonders für österr. Papiere, hervorgerufen; die wesentlich höher, als am Schluß der vergangenen Woche begannen.

Oberschlesische Lit. A und C erhöhten ihren Cours um circa 1%, und waren dieselben beliebt, in den letzten Tagen wurde Mehreres darin umgesetzt. Reiffe-Briege an einem Tage 46 1/2 - 47 1/2 bezahlt, verwandten wieder von unserem Coursblatte; Dypeln-Larnowitzer constant 30 Geld, schlossen 30 1/2 Brief, von Umsätzen darin haben wir jedoch nichts erfahren können, eben so kommen Kofel-Oberberger gar nicht in Verkehr, und waren davon selbst nur an einzelnen Tagen Briefcourse zu erfahren.

Die Stimmung für Fonds bleibt andauernd fest und günstig, und es stellten sich deren Course meistens etwas höher, während die der Prioritäten bei mäßigem Verkehre nur geringe Variationen erlitten.

Table with 7 columns (13-18) and 15 rows of financial data including Destr. Credit-Aktien, Schl. Bandvereins-Antheile, Freiburger Stammaktien, etc.

Breslau, 18. Februar. [Börse.] Die Börse war wenig belebt und die Course der österr. Papiere niedriger.

Breslau, 18. Februar. [Umländischer Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rotte, unverändert matt; ordinäre 8-9 Thlr., mitte 9 1/2-10 1/2 Thlr., feine 11 1/2-12 1/2 Thlr., hochfeine 11 1/2-12 1/2 Thlr.

Roggen höher, gefündigt 50 Bispel; pr. Februar 40 1/2-40 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., Februar-März 40 1/2-40 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., März 40 1/2 Thlr. bezahlt, März-April 40 Thlr. Gld. und Br., April-Mai 41 Thlr. bezahlt und Br., Mai-Juni 41 1/2 Thlr. bezahlt und Gld.

Hübel geschäftlos, gefündigt 200 Ctr.; loco Waare 10 1/2 Thlr. Br., pr. Februar 10 1/2 Thlr. Br., Februar-März 10 1/2 Thlr. Br., März-April 10 1/2 Thlr. Br., April-Mai 10 1/2 Thlr. Br., September-October 11 1/2 Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus unverändert, jedoch etwas fester; loco Waare 16 Thlr. Gld., pr. Februar 16 1/2 Thlr. Gld., Februar-März 16 1/2 Thlr. Gld., März-April 16 1/2 Thlr. Gld., April-Mai 16 1/2 Thlr. Gld., Mai-Juni 16 1/2 Thlr. Gld.

Zink rubig und leichtbezahlte Preise nicht zu bedingen. - Wochen-Umsatz circa 12,000 Centner zu den gemeldeten Preisen.

Die Börsen-Commission.

Breslau, 18. Februar. [Privat-Produkten-Markt-Bericht.] Vom heutigen Marke ist eine weitläufige Aenderung nicht zu berichten; für sämtliche Getreidearten war eine sehr feste Stimmung, der Begeh nach guten Qualitäten, besonders Roggen und Gerste, ziemlich lebhaft und durch schwache Zufuhren wie geringes Angebot von Bodensägern das Geschäft nicht von großem Umfange; die Preise zur Notiz wurden willig angelegt.

Table with 2 columns: Commodity and Price. Includes items like Weiser Weizen, Selber Weizen, Brenner-Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Koch-Erbisen, Futter-Erbisen, Weiden.

Delsaaten gut begehrt, aber wenig angeboten, und im Werth behauptet. - Wintererbsen 84-88-90-92 Sgr., Wintererbsen 74-76-78-80 Sgr., Sommererbsen 70-72-76-78 Sgr., Schlagleinfaat 65-70-75-80 Sgr. nach Qualität und Trockenheit.

Hübel ohne Handel; loco 10 1/2 Thlr. Br., pr. Februar und Februar-März 10 1/2 Thlr. Br., März-April 10 1/2 Thlr. Br., April-Mai 10 1/2 Thlr. Br., September-October 11 1/2 Thlr. Br.

Spiritus fest, loco 10 1/2 Thlr. er detail bezahlt. Kleesaaten beider Farben haben zwar keine Preisveränderung erlitten, doch waren die Umsätze nicht groß; gegen Schluß des Marktes war es mit rother Saat etwas fester.

Table with 2 columns: Commodity and Price. Includes items like Rote Saat, Weiße Saat, Thymothee.

Wasserstand.

Breslau, 18. Febr. Oberpegel: 13 f. - 3. Unterpegel: 1 f. 9 z. Cistand.

Die neuesten Marktpreise aus der Provinz.

Table with 2 columns: Commodity and Price. Includes items like Weizen, Gerste, Hafer, Butter, etc.

Vorträge und Vereine.

Breslau, 18. Febr. [Kaufmännischer Verein.] Die gestrige Versammlung wurde vom bisherigen Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Tiede, mit der Anzeige eröffnet, daß Herr Kaufmann Lübed die in letzter Generalversammlung auf ihn gefallene Wahl aus persönlichen Gründen abgelehnt habe.

Breslau, 18. Februar. [Schlesischer Central-Verein zum Schutz der Thiere.] In der am 13. abgehaltenen General-Versammlung wurde außer dem in Nr. 81 d. Jtg. bereits Mitgetheilten, es als sehr wünschenswerth erachtet, daß dem hiesigen Thierärztlichen Vereine ähnliche Geschenke und Vermächtnisse zugewendet werden möchten, wie solche bisher mehrere andere Vereine, neuerdings erst der zu Dresden (von zwei Gebern 140 Thaler!) empfangen.

Sprechsaal.

Variation zu dem Bericht der Finanz-Commission über die Grund- und Gebäudesteuer-Vorlagen vom 25. Februar 1859.

Die dankenswerthen Mittheilungen in Nr. 569, 589, 605 des Jahrg. 59 und Nr. 3, 15 und 27 des Jahrg. 60 der Breslauer Zeit. über die Erörterungen, welche die Grundsteuerfrage in der Finanz-Commission der vorjährigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses erfahren hat - glauben wir im Interesse des Publikums entsprechend zu veröffentlichen, wenn wir sie auch von einem anderen als dem in jenen Artikeln eingenommenen Standpunkte betrachten.

Es ist ein bekannter, bisweilen vielleicht absichtslos eingeschlagener Weg, eine Frage, deren Wesen keineswegs unzweifelhaft erörtert ist, die also eine offene*) ist, dem unbefangenen Leser gegenüber durch stilistische Manöver als thatächliche Wahrheit zur Grundlage von Folgerungen zu machen. Wir begreifen diesem Wege in allen Motivirungen zu den Regierungs-Vorlagen über die Grundsteuerfrage, in allen Ausführungen der Majoritäts-Beschlüsse der Finanz-Commission. Am nun zunächst die rechtliche und politische Lage der Frage zu bezeichnen, genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Einführung der Grundsteuer schon durch das Finanz-Gesetz vom 27. October 1810 verheißener wurde, und daß die Verfassungs-Urkunde in § 101 bestimmt: „u. s. w. „Durch diese in einem inneren Zusammenhange stehenden Operationen

*) Für die Breslauer Zeitung ist die Grundsteuer-Regulirung allerdings keine „offene“ Frage; da jedoch die Angelegenheit für Schlesien von großer Wichtigkeit ist, so mag hier im „Sprechsaal“ auch einmal die entgegengesetzte Ansicht ihre Vertretung finden.

u. s. w. soll auf dem vorgeschlagenen Wege eine Finanz-Reform in der höhern Bedeutung des Wortes angebahnt werden, eine Reform u. s. w.

„Obwohl principieller Widerstreit der Auffassungen in Betreff der Grundsteuer darüber besteht u. s. w., so kann doch niemals das Recht dem Staate im Allgemeinen bestritten werden, auch den Grund und Boden als Steuer-Object zu betrachten und zur Besteuerung mit heranzuziehen.“

Mit der Hinzufügung zur früheren Gesetze über die Grundsteuer wird nicht nur einem nicht oberflächlichen Beurtheiler keinesweges die rechtliche und politische Lage der Frage klar gemacht, sondern es wird eine dritte Seite der Frage, die national-ökonomische, die zu allernächst beleuchtet werden sollte - ganz unerlebigt gelassen. Die bloße Existenz eines Gesetzes ist für den Staatsbürger zwar bindend, keinesweges aber für den Gesetzgeber, der vielmehr die Aufgabe hat, die bestehenden Gesetze nach Maßgabe der gewonnenen Erkenntniß und der allgemeinen sittlichen Bildung umzugestalten. Wir haben erwartet, daß die Finanz-Commission sich mit diesen beiden Fragen und mit der national-ökonomischen besonders beschäftigen und sie ausführlich erörtern würde. Es ist möglich, daß dies in den Sitzungen derselben geschehen ist: in den uns vorliegenden Mittheilungen finden wir wenig, fast nichts darüber. Der principieller Widerstreit der Auffassungen darüber, ob die Grundsteuer eine Steuer oder eine Rente ist, wird lediglich mit der zweideutigen Phrase abgefertigt, daß das Recht, auch den Grund und Boden als Steuer-Object zu betrachten - niemals bestritten werden könne. Wir nennen es eine zweideutige Phrase, denn so allgemein hingestellt ist das Recht des Staates, Grund und Boden als Steuer-Object zu betrachten, noch eine offene Frage, welche durch die Anführung der Thatfache, daß dies bisher in fast allen Staaten geschehen sei, nicht gelöst ist. Bei der Beurtheilung dieser Frage kommt es lediglich auf den mehr oder weniger fortgeschrittenen Begriff vom Wesen des Staates an. Wenn der Staat nichts ist, als eine Besteuerungsmaschine, so kann er nicht bloß Grund und Boden, sondern auch das Licht der Sonne, des Mondes, die Luft u. s. w. besteuern; mit der Berufung auf dieses allgemeine Besteuerungsrecht ist also gar nichts gesagt, noch weniger etwas erwiesen.

Die Frage ist: Auf welche Weise kann der Staat ohne seine Zwecke - nämlich dem allgemeinen Wohle und der gleichmäßigen gerechten Beschützung aller seiner Glieder, zu wider zu handeln - seinen Geldbedarf durch verhältnismäßigen Beitrag von seinen Gliedern erheben? Das Recht des Staates auf Besteuerung hört auf, sobald damit eine Rechtsverletzung einzelner Klassen seiner Angehörigen verbunden ist, ohne daß dadurch zugleich dem Gesamtwohl ein überwiegender Nutzen verschafft wird. Dann gilt Gewalt für Recht.

Damit hängt die weitere Frage zusammen: Was sind Steuerobjecte? Mit der Beantwortung dieser Frage sind wir schnell fertig, wenn wir uns auf den inhaltlos abstrakten Standpunkt des Commissionsberichts stellen, denn wir können getrost antworten: Alles. Treten wir aber der Sache näher und sehen uns den Grund und Boden an, so kommen wir zu der überraschenden Wahrnehmung, daß zwar der Landmann, der Grund und Boden bebaut, also die Arbeit - das aber Grund und Boden selbst gar nicht besteuert werden kann! Wir kommen hierauf zu der Entdeckung, daß die Grundsteuerfrage eine politisch-ökonomische Seite hat, die vor allen anderen zuerst mühe in's Klare gebracht werden, wenn die rechtliche und politische Seite richtig beurtheilt werden soll. (Vergl. zur Grundsteuer-Regulirung von A. König, Breslau 1859 bei Leopold Freund.)

Das von der Majorität der Finanz-Commission ihren weiteren Deductionen zu Grunde gelegte und so stark betonte Recht des Staates, den Grund und Boden als Steuer-Object zu betrachten, beruht also auf - Nichts. Deshalb kann der schon klingende Satz in dem Berichte der Finanz-Commission zu dem Gesetzentwurf Nr. 3 der Vorlage vom 25. Februar 1859: „Sobald in einem Staate der Grund und Boden gleichmäßigen Besteuerung und der Beseitigung von Steuer-Privilegien Eingang gefunden hat, wird derselbe sich der Nothwendigkeit auch die Grundsteuer-Exemptionen fortzuschaffen, auf die Dauer nicht entziehen können.“ - auf sorglose, mit dem Wesen des Gegenstandes unentbehrliche, zugleich jedoch mit guten Intentionen erfüllte Leser zwar einen gewissen Eindruck machen und zu dem natürlichen Schlusse bewegen: nun, wenn wir (denn wir bilden ja jetzt einen Rechtsstaat) uns auf die Dauer doch einmal der Grundsteuer-Regulirung nicht entziehen können, so reguliren wir lieber bald, damit das Geschick ein Ende hat; haben wir uns aber durch reichliches Eingehen auf das Wesen der Steuer überhaupt und der Grundsteuer im Besondern davon überzeugt, daß unsere bisher bestehende Grundsteuer keine Steuer, sondern eine Staatsrente ist, dann leuchtet es ein, daß der Grund und Boden einer gleichmäßigen Besteuerung mit der jetzt bei uns bestehenden Grundsteuer auch nicht in dem entferntesten Zusammenhange steht.

Die Berufung auf das Finanz-Gesetz vom 27. October 1810 und auf den § 101 der Verfassung abstrahirt ganz von einem sachgemäßen Eingehen in das Wesen der Frage, sie besagt nichts als: weil diese gesetzlichen Bestimmungen vorhanden sind - müssen wir die Grundsteuer reguliren.

Das das Feld in dem angeführten „principieller Widerstreit“ über die Natur der Grundsteuer von den Vertheidigern der Grundsteuer-Regulirung bereits geräumt ist, dafür spricht die Bescheidenheit der zur Beschwichtigung, aber nicht zur Widerlegung angeführten Zweckmäßigkeits-, Nützlichkeits- und Trostgründe, die den Grundsteuer-Vorlagen auf die Beine helfen sollen, die aber nur für gläubige Seelen stichhaltig und ganz überflüssig sind, wenn unsere Grundsteuer eine nach dem Geiste des § 101 der Verfassung gerechte Steuer ist.

Da soll, nach dem Dafürhalten der Majorität in der Finanz-Commission durch die vier Vorlagen vom 25. Februar 1859 die Grundsteuer ihrer gegenwärtigen Unveränderlichkeit und Unanwendbarkeit für die Zwecke des Staates - entzogen, dem Staate eine steigende sichere Einnahme zugesichert - endlich damit eine Finanz-Reform in der höhern Bedeutung des Wortes angebahnt werden, von deren Durchführung weitere Verbesserungen auf anderen Gebieten der Verwaltung, welche die fernere gedeihliche Entwicklung des Staatslebens nahe berühren, beziehungsweise bedingen - mehr oder weniger abhängig sind.

Wir nehmen von dem Eingeständniß, daß die Grundsteuer gegenwärtig eine unveränderliche Natur hat, also eine feste Realität ist - gern Akt; es wird aber für wünschenswerth gehalten, dieselbe veränderlich zu machen - damit eine steigende sichere Einnahme gewonnen werde. Mit anderen einfacheren und unverfänglicheren Worten: die Grundsteuer soll erhöht werden, wenn der Staat mehr Einnahmen braucht, das ist des Pudels Kern! Und das verlangt man angeht und unter Berufungen auf den § 101 der Verfassung! Die Grund- resp. Häuserbesitzer sollen also den Beutel aufstun, wenn der Staat Geld braucht! Wie dies mit einer gerechten Vertheilung der Staatslasten zusammenzureimen ist, bleibt uns unklar.

Obgleich seitens des Finanzministeriums wiederholt erklärt worden ist, daß man die durch die Grundsteuer-Vorlagen etwa zu erzielenden Einnahmen - nicht zur Bestreitung von anderen Staatsausgaben verwenden wolle, so wird doch aus den bevorstehenden vermehrten Ausgaben vielfach die Nothwendigkeit herzuhalten versucht, die Grundsteuer zu reguliren. Wenn erst der principieller Widerstreit zu Gunsten der Behauptung gelöst sein, daß die Grundsteuer eine der gerechten Vertheilung der Staatslasten entsprechende Steuer sei, dann wird es sich ganz einfach von selbst verstehen, daß neue Staatsausgaben durch Erhöhung der Grundsteuer gedeckt werden; so lange und da dies aber keinesweges der Fall ist, müssen wir uns gegen die Stichhaltigkeit des angeführten Mehrbedürfnisses als eines Grundes für die Annahme der Steuer-Vorlagen erklären, weil beide Gegenstände in gar keiner Beziehung zu einander stehen.

Eine Reform ist bekanntlich eine auf richtigere Erkenntniß gegründete Verbesserung; wie nun die Grundsteuer-Vorlagen mit einer Finanz-Reform zusammen hängen, und noch dazu in der höhern Bedeutung des Wortes, von der wir uns aus den erhaltenen Mittheilungen keinen Begriff haben machen können, ist uns unverständlich und wir müssen abwarten, ob die Debatten im Plenum des Abgeordneten-Hauses geeignet sein werden, uns darüber, wie über die andern sehr weitläufigen Sätze: über den Zusammenhang mit Verbesserungen auf anderen Gebieten der Verwaltung u. s. w. ins Klare zu bringen.

Ganz überraschend und staunenerregend sind die Gründe, welche in dem Berichte der Finanz-Commission für den Gesetzentwurf Nr. 4 der Grundsteuer-Vorlage angeführt werden.

Wir machen vorerst die Bemerkung, daß der Berichterstatter die Ausführungen der Minorität in einem allzu bescheidenen Style wiedergegeben hat; wir sind überzeugt, daß die Mitglieder der Minorität die Aufzählung der Grundsteuer nicht bloß gewissermaßen mit einer Vermögens-Constatation verglichen haben; denn sie ist nichts anderes als factisch eine Vermögens-Constatation, und weil sie als solche auch seitens des Gouvernements, „gewissermaßen“ wollen wir euphemistisch sagen, angesehen wird - soll eine Entschädigung gewährt werden; denn in einem andern Falle würde eine Entschädigung überhaupt gar nicht notwendig sein.

Die Majorität der Finanz-Commission, von der wir voraussetzen, daß sie in einem ganz andern Sinne auf dem Rechtsboden der Verfassung steht, als „Stahl“, das bekannte Mitglied des Herrenhauses - hat dennoch für nöthig erachtet, für die relative Güte, Gerechtigkeit und Natürlichkeit der Grundsteuer die Versicherung des Hrn. Stahl anzuführen, und weil diese Art von

Begründung ihr doch selbst zu schwächlich erschienen sein muß, sucht sie dieselbe dadurch zu verstärken, daß die Aufhebung der Grundsteuer doch einmal in naher Zukunft nicht in Aussicht stehe, auch die Verbesserungen der Landwirtschaft nicht hemme, vielmehr einen neuen Sporn zur Dedung der Steuer durch erhöhten Bodenertrag liefere.

Wie man auf den Gedanken einer Aufhebung der Grundsteuer kommen kann, während man gleichzeitig bedacht ist, dem Staate durch Erhöhung der Grundsteuer neue Einnahmen zu sichern, ist uns nicht verständlich; die Anhänger der Minoritäts-Ansicht: „daß die Grundsteuer eine Rente ist“, können an eine Aufhebung derselben niemals denken, sondern im äußersten Falle an eine „Ablösung“ und mit dieser Auffassung scheint uns auch für den Staat die Gefahr nicht verbunden zu sein, „seiner Ansprüche auf die Steuer einmal verlustig zu geben;“ denn diese sind staatsrechtlicher Natur.

Wenn aber die Behauptung, daß die Grundsteuer ein Mittel wäre, durch erhöhte Bodencultur die Production zu steigern, als Wahrheit erwiesen würde, so wäre nicht bloß die Landwirtschaft, sondern die ganze Nation, ja die Welt dem Forder dieses Mittels zum tiefsten Danke verpflichtet und wir hätten nichts Besseres zu thun, als recht viele und hohe Steuern auf den Betrieb der Landwirtschaft zu legen; wir könnten noch Größeres vielleicht erzielen, wir könnten nach diesem Principe den Wohlstand der Nation durch die einfache Maßregel ins Un glaubliche heben, wenn wir einen Jeden nach Verhältnis seiner Schulden besteuerten, denn das müßte offenbar ein „neuer Sporn“ sein, seine Einnahmen zu heben. Ausprüche der Art sind allerdings neu; die Steuer-Eintreiber des alten Frankreichs sagten auch: „der Bauer muß arm sein; das ist das einzige Mittel, ihn nicht in Faulheit versinken zu lassen.“

Wir können hier nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, wie heilsam es sein würde, das Publikum mit den Gegenständen der politischen Oekonomie vertrauter zu machen, deren eingehende Betrachtung so manche schwere Irrthümer in der Beurtheilung der darin einschlagenden Gesetze haben würde. Nüchternlich hat die Bemerkung, daß manche Gewerbe, insbesondere die Spiritusfabrikation, trotz wiederholt erhöhter Steuer, durch industriösen Betrieb den Ausfall zum Theil zu decken gewußt haben, zu der erwählten eigentümlichen Ansicht verführt. Zunächst bemerken wir, daß die Brennereien, die früher in den Städten ebenfalls stark betrieben wurden, sich seit den Steuererhöhungen gänzlich auf das Land gesücht haben; das Gewerbe ist in den Städten aufgegeben worden, weil es keinen genügenden Nutzen mehr abwirft, es wird auf dem Lande noch betrieben, inwiewohl in unverhältnismäßig geringerem Umfange als früher, nicht weil es als Gewerbe noch einen entsprechenden Nutzen abwirft, sondern als ein Mittel, das Vieh zu unterhalten oder gewisse Bewirthschaftungsarten zu stützen. Trotz dieses Nebenzweckes, der für den Landwirth Hauptzweck ist, würden auch auf dem Lande die Brennereien nicht mehr betrieben werden, wenn nicht der technische Betrieb in Folge unserer erweiterten chemischen Kenntnisse sich vervollkommen hätte. Daß dieser industriöse Betrieb, den seit zwanzig Jahren gemachten naturwissenschaftlichen Fortschritten zu danken ist, aber nicht der Steuererhöhung - wird wohl kaum einem Unbefangenen zu bestreiten einfallen.

Aber selbst wenn die Mittel der Steuerauslage für Förderung der Kultur sich behäufte, müßten wir vom Standpunkte der Moral aus uns dagegen verwahren, daß das deutsche Volk durch Zwangsmittel, seien es Geld oder die nur der Art nach energischeren des Gefängnisses u. s. w., auf eine höhere Stufe in der Industrie oder Kultur irgend einer Art gebracht werden soll.

Daß durch Zahlen, wenn mit denselben eine denkende Betrachtung und eine sorgfältige Berücksichtigung aller einschlagenden Verhältnisse verbunden ist, eine gründlichere Würdigung der Dinge erlangt werden kann - ist unbestreitbar; wenn aber die Majorität der Finanz-Commission durch die Angabe, daß in drei Jahren von 525 Rittergütern eins, und von 737 Bauer-gütern eins subhastirt worden seien, die Behauptung großer Verschuldung zu widerlegen meint, so fehlt diesen Zahlenangaben jeder Anhalt für das, was sie beweisen sollen: denn wenn auch nur eins von 525 und eins von 737 Gütern subhastirt worden ist, so folgt daraus noch keinesweges, daß die übrigen 524 und 736 unverschuldete sind.

Der Trostgrund ferner, daß ja der Betrag der zu entrichtenden Steuer gar nicht so bedeutend sei, und wenn sie den Hauptwirthschaftskosten zugeschlagen werde, kaum in Betracht kommen könne - erinnert an die mitteliege Seele, welche dem Hunde den Schwanz nur in kleinen Stücken abbieht in der guten Meinung, daß ihm das weniger Schmerzen verursachen würde, als wenn er den ganzen Schwanz abbiehe. Wir wiederholen, daß es sich allein um die Begründung des Principis handelt und fügen hinzu, daß jede Steuer verwerflich ist, deren Princip die Gerechtigkeit verliert.

Die Unklarheit, dieser unerlebigt, „principielle Widerstreit“ über die Natur der Grundsteuer, auf die doch wiederum die Motive für die Annehmbarkeit der Gesetzentwürfen gegründet werden soll, ist der Feind aller wirklichen Begründung. Einerseits wird anerkannt, daß unsere Grundsteuer unabhängig der Natur sei, andererseits wird endlich behauptet, daß der Grundeigentümer hinsichtlich der Grundsteuer ebensoviele einen Anspruch auf Festhaltung der bestehenden Gesetzgebung hätten, als der Anbesitzer und der Industrie-Unternehmer auf Festhaltung der Zollgesetzgebung. Wir meinen, wenn und da die Grundsteuer die Natur einer Steuer bei uns nicht hat, so kann sie auch gar nicht zum Zweck eines Beweises mit den Zöllen, welche eben die Natur einer Steuer haben - verallgemeinert werden, so wenig wie ein lebendiger Organismus mit einem toten Mechanismus.

Abgesehen von der völligen Unrichtigkeit des Vergleiches überhaupt, lassen sich Handel und Industrieunternehmen, wenn der eine Zweig derselben in Folge erhöhter Abgaben nicht mehr mit entsprechendem Nutzen betrieben werden kann, leichter auf einen nutzbringenderen werfen, als dies mit dem Landbau geschehen kann, wenn er nicht löbend ist.

Daß der Gesetzentwurf Nr. 11. der Vorlage vom 25. Februar 1859, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, einen principiellen Widerstreit in der Finanz-Commission erregt habe, ist aus den Mittheilungen über den Bericht der Finanz-Commission nicht ersichtlich. Allerdings soll der Gesetzentwurf ebenfalls eine Grundsteuer-Regulirung für den Bereich der Städte bewirken, sowie eine Reform in der Vertheilung der Staatslasten: von einer Mehreinnahme für die Staatskasse durch Einführung der Gebäudesteuer soll ausbrüchlich abgesehen werden; in sofern fällt er also principiell ganz mit den übrigen Grundsteuer-Regulirungs-Entwürfen zusammen, d. h. er ist principiell verwerflich. Einzelne Bestimmungen des Entwurfes widersprechen übrigens dem angeleglichen Zweck der Grundsteuer-Ausgleichung, denn während die Ausgleichung derselben auf dem Lande durch den Gesetzentwurf Nr. 1. bereits bewirkt worden sein soll - werden die bebauten Gebäude auf dem Lande doch ebenfalls mit der Gebäudesteuer belegt ohne Rücksicht darauf, ob die Bewohner derselben z. B. Werthalter, Wägte und Gesimse zum Betriebe der Landwirtschaft erforderlich sind oder nicht. Da aber der Unterhalt, also auch die Wohnung der zum Betriebe einer Landwirtschaft notwendigen menschlichen Arbeitskräfte offenbar mit zu den Wirthschaftskosten gehört, welche von dem Ertrage des Grund und Bodens vorme abgezogen werden müssen, so wird durch die Gebäudesteuer der Grundbesitzer auf dem Lande mit doppelter Grundsteuer befasst.

Nehmen wir auf diesen Widerspruch keine Rücksicht und betrachten wir die Gebäude sowie die Grundsteuer nach dem für die Zukunft ausdrücklich angegebenen Zwecke, sie als Mittel zur Vermehrung der Staatseinnahmen zu benutzen in Folge, wie die Finanz-Commission sagt, der zunehmenden Bevölkerung und des wachsenden Wohlstandes, so sind wir zunächst verpflichtet, zu fragen, ob denn der wachsende Wohlstand lediglich in einer größeren Mithie oder einer größeren Bodenernte sich kundgeben? Denn nur in diesem Falle würde es entsprechend sein, von den Besitzern der Gebäude und des Grund und Bodens die Beschaffung von Mehreinnahmen für den Staat zu fordern. Wenn wir behaupten, daß wachsender Wohlstand in dem wachsenden Vermögen die Consumtion zu vermehren, bestehe, so kann dem nicht wohl widersprochen werden. Die Consumtion besteht aber nicht bloß in der Beheizung einer Wohnung und in der Consumtion von Produkten des Landbaues allein, sondern in der Consumtion aller Produkte, der Künste, Wissenschaften, Industrien. Die Ansicht, daß jeder Steuerabgabe sich die Steuer von dem Consumenten, also von dem Miether oder vom dem Getreidekäufermann in dem Preise des Mietzinses oder des Getreides wieder zurückerstatten lasse - ist längst als eine irrthümliche erkannt, weil der Preis einer Waare nicht von der höheren oder niederen Steuer abhängig ist, die darauf ruht, sondern von Angebot und Nachfrage, beides Dinge, die nicht nach dem Willen der Steuererhebung sich gestalten.

Allerdings, wenn das von der Finanz-Commission vorgeschlagene Mittel der Besteuerung zur Hebung der Industrie sich bewährt, so müßte die Gebäudesteuer folgerichtig, je höher sie ausfällt, zur Förderung der Baukunst beitragen. Der Umstand, daß die Mietzinsen steigen, ist keinesweges ein Beweis wachsenden Wohlstandes. Sehen wir uns dies Verhältniß in der Praxis an, so finden wir, daß wenn die Mietzinsen theuer werden, - die Mietzehrungen sind sich einzuschränken und kleinere Quartiere zu mieten, denn der Mietzehr kann den Preis, den er für ein Quartier zahlt, nicht nach der Größe oder Beschaffenheit des Quartiers, die er befaßt - bemessen, sondern nach seinem Einkommen. Nun besteht aber der Wohlstand in einem gesunden Staate nicht in dem übermäßigen Reichthum Weniger, welche im Stande sind ihre Bedürfnisse trotz hoher Preise zu befriedigen, während die große

Mehrzahl ihre Bedürfnisse einschränken muß oder gar nicht befriedigen kann — sondern darin, daß die möglichst größte Zahl, wenn nicht alle Glieder — möglichst viel Bedürfnisse leicht befriedigen kann. Wir entnehmen daraus, daß der wachsende Wohlstand eines Staates nicht nach der Gebäude- oder Grundsteuer bemessen werden kann.

Befehlen wir uns die Gebäude- respective Grundsteuer in der Praxis noch von einem andern Standpunkte. Wir wissen, daß Grund und Boden wie Gebäude Realitäten sind, welche gegen Aufnahme von Schulden verpfändet werden können, ja wir wissen, daß es nur zahlbar wenig Realitäten der Art giebt, die nicht mit Schulden belastet sind, zum großen Theil sehr schwer belastet. Offenbar fängt der Nutzen aus diesen Realitäten für den Besitzer erst an, wenn die Zinsen der darauf haftenden Schulden und die Gebäude- oder Grundsteuer vorweg genommen sind. Die Gebäude- oder Grundsteuer wird aber nicht unter Berücksichtigung der Schulden bestimmt, sondern nach dem reinen Mieths- oder Ertragswerthe; der Besitzer einer mit Schulden belasteten Realität, muß also die Einnahme, welche sein Gläubiger aus der Realität bezieht, versteuern: das ist eine sonnenklare Thatsache, und je mehr Schulden ein Realitätenbesitzer hat, desto mehr fremde Einnahmen muß er versteuern, der Aermere muß also für den verhältnißmäßig Reicherer die Steuern bezahlen.

Ueber die moralische Haltbarkeit, über die Gerechtigkeit dieses Principes können wir uns jedes weiteren Urtheils enthalten. Und dieses Princip soll ausgesprochenemmaßen ein Anhaltspunkt und Mittel zur späteren Beschaffung weiteren Staatsbedarfs werden!

In der Presse Englands wie unseres Vaterlandes hat sich eine gewisse Bestimmung darüber bemerkbar gemacht, daß Louis Napoleon durch seinen Brief an das Ministerium plötzlich die Wahrheiten der ökonomischen Wissenschaft im Gegensatz zu den bisher befolgten Lehren des Prohibitiv-Systems zur thatsächlichen Anerkennung bringen will, und zwar ärgert sich die

Presse darüber, daß der Selbstherrscher seinem Staate die Vortheile einer richtigen ökonomischen Politik zu Theil werden lassen will, welche in Staaten mit Repräsentativ-Verfassungen erst langer Kämpfe im Schooße der Abgeordneten-Versammlungen bedürfen, ehe sie ins Leben übergeben können. Es mag ganz dahingestellt bleiben, ob Louis Napoleon es mit seinem Briefe ernstlich gemeint hat, oder ob er ihn nur als politisches Manöver will spielen lassen: die Presse mag daraus entnehmen, wie nöthig es ist, das Publikum in ökonomisch-politischer Beziehung über das Wesen der Werthe, ihres Erwerbs, ihrer Vertheilung und ihres Tausches — zu unterrichten. Ist die öffentliche Meinung in social-politischer Beziehung aufgeklärt, so ist es auch in Staaten mit Repräsentativ-Verfassungen nicht möglich, die wohlthätigen Folgen der als richtig erkannten Naturgesetze der Oekonomie der Gesellschaft — der Nation vorzuenthalten.

Eine eingehende Betrachtung jener Naturgesetze wird zu der Ueberzeugung nöthigen, daß das Gemeinwohl beeinträchtigt wird, wenn bei der Besteuerung einzelnen Klassen der Gesellschaft, einzelnen Steuer-Objekten die Last der Steuer angelegt, wenn das Princip der Gerechtigkeit verletzt wird, daß es in ökonomischer Beziehung ein eben so großes Verbrechen von üblen Folgen ist, wenn eine Berufsclassen ihr Interesse auf Kosten einer andern zu fördern vermeint, wie dies in politischer Beziehung durch unsere Verfassung bereits anerkannt ist. Je mehr diese Wahrheit Verbreitung gewinnt, desto sicherer und breiter wird die Basis werden, auf der das Interesse für das Gemeinwohl ruht und desto schwieriger wird es werden, Sonderinteressen zur Geltung zu bringen.

Nachdem England lange genug praktisch und theoretisch das Prohibitiv-System cultivirt hat, ist es von den Frühhären desselben überzeugt worden; in gleicher Weise werden wir in England auch das Steuer-System der Landtaxen, Fenstersteuern u. s. w. verschwinden sehen. Wir halten deshalb den Abänderungs-Vorschlag Nr. 1 zu § 3 der Vor-

lage Nr. I. allein für gerechtfertigt, die Ablehnung sämmtlicher übrigen Vorschläge für nothwendig.

Die einzig richtige, zweckmäßige und gerechte Steuer ist eine Einkommensteuer. R. R.

Insertate.

Graf Sauerma und der Kreistag. Am 8. Februar ist Herr Graf Sauerma bezüglich seines bekannten Antrages gerichtlich vernommen worden und hat derselbe seine Aussage lithographiren lassen, um sie seinen Freunden bekannt zu machen. Seine Aussagen und die daran geknüpften Bitten sind so interessant, daß wir den Wunsch an den Herrn Grafen richten: [1329]

es möge demselben gefallen, das Protokoll seiner Vernehmung vom 8. Februar durch die Zeitungen öffentlich bekannt zu machen.

Dem sich hierfür interessirenden Theil unserer Leser theilen wir hierdurch mit, daß aus der durch Todesfall des Besitzers veranlaßten Auflösung einer der größten Zinshesereien Berlins noch ein gothischer Kronleuchter zu 30 Kerzenlichtern bei 8 1/2 Fuß Höhe u. 4 1/2 F. Durchmesser, nach dem Modell der im Gürzenich in Köln befindlichen gothischen Kronen, vorhanden ist. — Derselbe eignet sich vorzüglich für einen im gleichen Stil gebauten Saal eines herrschaftlichen Schlosses oder für Kirchen, und fügt wir nur noch hinzu, daß die Kronen in Gürzenich wegen ihrer geschmackvollen Zeichnung und Zusammenstellung in der ganzen Abtheilung rühmlichst bekannt sind. — Die Herren Schäfer u. Walcker in Berlin, Fabrikanten für Gasbeleuchtungs- und Wasser-Anlagen, sind gern erbödig, Näheres darüber mitzutheilen. [1303]

Die am 12. d. M. stattgehabte Verlobung unserer Tochter Anna mit dem Maurermeister Herrn Bergner in Lauban beehren wir uns allen Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung hierdurch anzuzeigen. Greifenberg, den 14. Februar 1860. J. G. Apelt nebst Frau.

Als Verlobte empfehlen sich: [1296] Anna Apelt. Gustav Bergner.

Entbindungs-Anzeige. Die glückliche Entbindung seiner geliebten Frau Agnes, geb. Schaefer, von einem gesunden starken Knaben beehrt sich hiermit ergebenst anzuzeigen: [1629] W. Jaehne.

J. J. Breslau, den 16. Februar 1860.

Meine geliebte Frau Friederike, geborne Freund, wurde am 17. d. Mts. von einem kräftigen Mädchen glücklich entbunden. Diese frohe Nachricht theile ich Freunden und Verwandten statt besonderer Meldung mit. Eugen Olschowsky, Gutsbes. auf W. Marchwitz bei Ramlau.

Heute früh 4 Uhr wurde meine liebe Frau Mathilde, geb. Vogt, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden, welches ich nicht beehre, Freunden und Bekannten ergebenst anzuzeigen. [1649] Breslau, den 19. Februar 1860. Heinrich Paefler.

[1308] **Todes-Anzeige.** (Verpätet.)

Am 11. d. M. starb plötzlich am Nervenschlage der königl. Premier-Lieutenant a. D. und Landes-Älteste Herr Woldemar von Johnston auf Rathen. Derselbe gehörte, seit er daselbst seinen Wohnsitz genommen, dem hiesigen landwirthschaftlichen Verein als Mitglied an und führte durch fast fünf Jahre als Vorsitzender die Geschäfte desselben. Von wärmster Theilnahme für alles Höhere und besonders für die Förderung der Landwirthschaft befeuert, hat er mit aufopfernder Treue für die Zwecke des Vereins gewirkt und sich die Achtung Aller, mit denen er in Beziehung trat, erworben; daher hat der Verein den Verlust eines hochgeehrten Mitgliedes zu beklagen. Glaz, den 16. Februar 1860. Der landwirthschaftliche Verein der Grafschaft Glaz.

[1300] **Todes-Anzeige.**

Am 12. d. Mts. Vormittags 10 Uhr starb zu Cannstatt bei Stuttgart am Schlagfluß der königliche Kommerzienrath und Rathsherr, Ritter des rothen Adlerordens 4. Klasse Herr Friedrich August Bormann, Fabrikbesitzer aus Goldberg. Das Collegium des Magistrats betrauert in demselben einen ämlichen und pflichtgetreuen Mitarbeiter, die Stadt einen bewährten Wiedermann und sein Fabrikarbeiter-Personal einen sorgenden väterlichen Freund. Er ruhe in Frieden! [1301] Goldberg, den 16. Februar 1860. Der Magistrat.

Am 10. Februar verschied allhier sanft und Gott ergeben an Altersschwäche der Wittwer Herr Joh. Gottlieb Seidel, früher gemeinl. Kunst- und Drangerie-Gärtner in Rorschwitz, 86 1/2 Jahr alt. Dies zur Nachricht für die entfernten Verwandten und Bekannten des braven Verbliebenen. [1301] Töpplimoda. Ein Freund.

Theater-Repertoire.

Sonntag, den 19. Febr. 41. Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Neu einstudirt: „Haus Heiling.“ Große romantische Oper in drei Akten, mit einem Nachspiel von Ch. Devrient. Musik von S. Marschner.

Montag, den 20. Febr. 42. Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. „Kabale und Liebe.“ Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. (Souise, Fräulein Baudius, vom Stadttheater zu Leipzig, als erste Gastrolle.)

[1631] **Circus Carré.**

Heute Sonntag den 19. Februar: Das Jagdspiel „Juno“, ger. von Mad. Carré. — „Domino“ und „Caprice“, beide zu gleicher Zeit in Freiheit drehend und vorgef. von Herrn Feuerstein. — Die Fabrikale, ger. v. W. Carré, mit v. Schulzperden, „Esmeralda“ u. „Minerva“. — Oscar Carré. — Hr. Albert Salomonst. — Die Voltige von Hr. Alexander Krember. Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr. Morgen Montag: Vorstellung.

Versammlung der Section für Obst- und Gartenbau

Mittwoch den 22. Februar, Abends 7 Uhr.

Gewerbe-Verein.

Allgemeine Versammlung. Montag den 20. Februar Abends 7 Uhr. Erster Vortrag des Hrn. Brand-Direktor Westphalen über öffentliche Wäsch- und Badeanstalten und ihre geschichtliche Entwicklung. Ausstellung einer bronzenen Thür durch Hrn. Hönisch.

[1307] **Vorläufige Anzeige.**

In diesen Tagen wird Hr. Bellachini auf seiner Rückreise von Warschau mehrere Vorstellungen in Breslau veranstalten. Das geehrte Publikum wird mit dem Bemerkten darauf aufmerksam gemacht, daß das Programm die besten bisher gesehenen Sachen aus dem Gebiete der Magie enthalten wird.

Symphonie-Soirée.

Die 4. Symphonie-Soirée findet am Montag den 5. März statt. [1304] Carl Reinecke.

Mittwoch den 22. Februar:

Soirée

der Gesangs-Academie, im Musiksaale der Universität, Abends 7 Uhr.

Programm.

- 1) Ritter Frühling, Chorlied von Wasserrose, N. W. Gade.
- 2) Der Wanderer, Lied v. Fr. Schubert.
- 3) Sextett aus Don Juan von Mozart. (Text von Dr. Viol.)
- 4) Lieder von Rob. Franz.
- 5) Willkommen Ruhe. Chorlied von Vierling.
- 6) Im Herbst. Chorlied von N. W. Gade.
- 7) Orpheus von Ritter Gluck (Orpheus Fr. Albertine Meyer.)
- 8) Billets à 12 1/2 Sgr. sind nur in meiner Wohnung Albrechtsstr. Nr. 25 zu haben. [1316] Julius Hirschberg.

Wintergarten.

Sonntag den 19. Februar: [1630] Konzert von A. Bille.

Aufgeführt werden unter Andern: Baumgart-Allee-Polka von A. Bille. Forageur, Galop von A. Bille. Gallimathias musical, Poupouri von Julehner. Caprice heroique von Kontski. Fantasia für Cello von Goltermann. Ouverturen: „Toll“ von Rossini, „Oberon“ von Weber. Anfang 3 Uhr. Entree 2 1/2 Sgr.

Schlesswerderhalle.

Heute Sonntag den 19. Februar: großes Militär-Konzert von der Kapelle königl. 19ten Infant.-Regts., unter persönlicher Leitung des Hrn. Musikfhr. B. Buchbinder. [1305]

Entree: Herren 2 1/2 Sgr., Damen 1 Sgr. Anfang 3 1/2 Uhr. Das Musikchor.

Weiss-Garten.

Heute, Sonntag den 19. Februar: Großes Nachmittags- und Abend-Konzert der Springerschen Kapelle unter Direction des Igl. Musik-Direktors Herrn W. Schön.

Anfang 3 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. [1622] Entree für Herren 2 1/2 Sgr., Damen 1 Sgr.

Weiss-Garten.

Die neu erbaute russische Eis-Musikbahn ist täglich von Morgens 10 Uhr dem geehrten Publikum zur gefälligen Benutzung eröffnet. [1623]

Weiss-Garten.

Dinstag den 21. Februar: Fastnachts-Ball (maskirt und unmaskirt).

Die Musik wird von der Springerschen Kapelle und dem Musikchor des Füsilier-Bataillons I. 19. Infanterie-Regiments ausgeführt. Bilets für Herren à 10 Sgr., Damen à 5 Sgr., sind in den Konditorien der Herren Jordan, Lauenzienplatz Nr. 13, Bartsch, Schweidnitzstr. 28, (Schrägüber dem Theater) und im Weiss-Garten bei C. Springner zu haben. [1621]

Zur Bequemlichkeit der geehrten Gäste ist eine elegante Masken-Garderobe für Herren und Damen eingerichtet.

Der Ball beginnt um 8 Uhr.

Für Juwelen, Perlen, Gold u. Silber werden die allerhöchsten Preise gezahlt, Niemerzeile 9.

Ressource z. Geselligkeit.

Montag, d. 20. Febr., 7 1/2 Uhr: Maskenscherz.

Mitgliedern ist der Eintritt auch im Ball-Anzuge frei. Von Gästen wird gewünscht, daß sie maskirt erscheinen.

Jede Maske, gleichviel ob Mitglied oder Gast, muß sich beim Eintritt legitimiren, und sind die Bilets bei unserem Rentanten, Kaufmann Veltner, Ring Nr. 36, in Empfang zu nehmen. [1417] Der Vorstand.

Liebig's Lokal.

Heute, Sonntag den 5. Februar: Konzert der Musik-Gesellschaft Philharmonie unter Leitung ihres Direktors Herrn Eduard Braun. [19]

Anfang 3 1/2 Uhr. Entree 2 1/2 Sgr.

Kunst-Ausstellung

von [1635] Original-Delegemälden Düsseldorf'scher Schule.

Im kleinen Saale des „goldnen Löwen“, Schweidnitzstraße 5, eine Treppe, soll von Vorm. 10 bis Nachm. 4 Uhr während einiger Tage eine reichhaltige Sammlung Original-Delegemälden anerkannter Meister zu sehr billigen Preisen aus freier Hand verkauft werden. Es befinden sich darunter Werke von Achenbach, Lange, Roden, Herzog, Janzen, Kehl, Sell, Schmitz, Jungheim, Toussaint, Zacheris, Wetmann, Beter, Reinartz, Weber und ein altes Bild von Rubens. Unterzeichneter leistet für die Echtheit der Originale Garantie. Eintrittspreis 2 1/2 Sgr.

W. Hagen aus Düsseldorf.

Augenkranken

kann als sichere Hilfe Jedermann das Dr. Whittische Augenwasser, welches bei allen Formen von Augenkrankheiten sicher, kräftig und schnell wirkt, angerathen werden. Es kostet nebst Gebrauchs-Anweisung 10 Sgr. à Flacon und ist nur echt zu beziehen von [1085] J. Brachvogel in Breslau.

Für Unfleisende,

Fähneraugen, franke Ballen und eingewachsene Nägel, so wie jede in dieses Fach einschlagende Fuß-Operation unternehm mit größter Sorgfalt, unter Zusicherung der besten Erfolge, von Morgens 8 bis Nachm. 5 Uhr: [1085] J. Brachvogel in Breslau.

Rudolph Bogel,

appr. Operateur, Schmiedestr. 23, im 1. Stod.

Leihbibliothek

von J. F. Ziegler, Herrensfr. 20.

Monatl. Abonnement zu 5, 7 1/2, 10, 12 1/2 Sgr. u. Eintritt tägl. Pfand 1 Sgr. Wöchentl. d. Neueste.

Der leidenden Menschheit zur Nachricht.

Solchen Kranken, welche wegen zu großer Entfernung oder durch sonstige Umstände verhindert sind, an meiner magnetisch-elektrischen Heilmethode Theil zu nehmen und dennoch Abhilfe ihrer Leiden von mir wünschen, empfehle ich Heil-Apparate, welche ich selbst bei jedem Kranken mit bestem Erfolge in Anwendung bringe, womit ich schon an Tausenden die verschiedensten Krankheiten geheilt habe, was in den verschiedenen Zeitungen durch vorzüglichste Atteste sehr oft bestätigt wird. — Dieselben sind bei allen nervösen, rheumatischen und gichtischen Krankheiten, als: Kopf-, Gesicht- und Gelenkschmerzen, Brausen in den Ohren, Harthörigkeit und Taubheit, Lähmungen jeder Art, Herz-Klopfen, Schlaflosigkeit, allen Arten v. Krämpfen, Gesichtserose und chronischer Augenentzündung, angeblichem schwarzen Staar u. Augenschwäche, Podagra, Strophulus, Drüsenanschwellungen, veralteten Geschwülsten, Frostbeulen, Affectionen des Halses, Kehlkopfes u., Hypochondrie, Epilepsie u. Weitzanz, Blutandrang, allgemeiner Nervenschwäche und gegen Schwäche der Harn- und Geschlechts-Organen, dem Uebel des Betharnens (Wettpinkeln), so wie überhaupt jeder Wafenschwäche, Stein- und Unterleibs-Beschwerden, Magenleiden, Verstopfung, Hämorrhoidal u. s. f. stets anzuwenden und zu dem Preise von 2 Thln. und 2 Thln. 15 Sgr. à Stück, vollständig armirt, nebst instruktiver Anleitung in meiner magnetisch-elektrischen Anstalt zu Breslau, alte Laichstr. 7, zu haben.

A. Michaelsen, [1605] medizinischer Magnetiseur.

Der Beamten-Posten zu Theresienbütte wird vacant und können sich Bewerber die den Hofposten und Frischfeuer-Betrieb praktisch verstehen, und im Besiz guter Zeugnisse sind, bei mir melden.

Falkenberg D. S., den 15. Februar 1860. [1273] W. Cohn, Hüttenpächter.

Die jährliche Haupt-Revision des Breslauer Haus-Armen-Medizinal-Instituts wird den 25. Febr. 1860 Nachm. 3 Uhr in dem hiesigen Rathhausgebäude, im Beisein der dazu beauftragten Repräsentanten, vollzogen werden. [1309]

Es werden die Herren Patrone des Instituts, welche sich von der Verwaltung überzeugen wollen, ergebenst dazu eingeladen. Breslau, den 20. Februar 1860.

Die Direktion des Breslauer Haus-Armen-Medizinal-Instituts.

Lebens-Versicherungsbank f. D. in Gotha.

Diese Anstalt vertheilt im Jahre 1860 an ihre Versicherten den Ueberschuß des Versicherungsjahres 1855, welcher 323,998 Thaler 24 Sgr. beträgt, und eine Dividende von 30 Procent ergibt.

Durch diese und in ähnlicher Höhe künftig zu erwartenden Rückstellungen stellen sich die Beiträge auf ein sehr niedriges Maß herab. Neben der dadurch gewährten Billigkeit der Versicherung bieten die auf pupillarische Sicherheit ausgeliehenen Fonds der Bank jede wünschenswerthe Garantie dar.

Das abgelauene Geschäftsjahr 1859 hat sich durch einen ungemein reichen Zugang an neuen Versicherungen (1352 Personen mit 2,540,300 Thlr.) und durch eine unter der rechnungsmäßigen Erwartung gebliebene Sterblichkeit (496 Personen mit 786,000 Thlr.) als recht günstig erwiesen.

Versicherte 22,160 Personen, Versicherungssumme 35,890,000 Thaler, Bankfonds 9,800,000 Thaler.

Auf diese Ergebnisse verweisend, laden zur Versicherung ein

Joseph Hoffmann in Breslau. C. Masdorff in Brieg. Apotheker Skutsch in Krotoschin. Mich. Deutschmann in Dels. Carl Baum in Rawicz. Kammer-Rath Weißig in Trachenberg. L. S. Kobylecky in Wohlau. [711]

In der nächsten Männer-Versammlung, Freitags den 24. Februar, wird der Herr Kreisrath Dr. Beyer über das Ehegesetz Vortrag halten. [1311] Der Vorstand der konstit. Bürger-Ressource.

Wechsel-Comptoir,

Albrechtsstraße Nr. 35, par terre, Eingang rechts, welches sich mit dem Ein- und Verkauf von Staatspapieren und Geldsorten jeder Art, unter streng soliden Bedingungen, befaßt, empfehlen wir zur geeignetsten Benutzung. [21]

Schlesischer Bank-Verein.

Der diesjährige Frühjahrs-Samen-Markt in Brieg wird am Sonnabend, den 3. März, von 9 Uhr ab im großen Saale des Gasthauses zum goldenen Kreuz abgehalten und hierdurch zu zahlreichem Besuch und ganz allgemeiner Theilnahme eingeladen. Der Vorstand des Brieger landwirthschaftlichen Vereins. [1403]

Breslauer Handlungsdieners-Ressource.

Sonntag den 26. Februar e.: Abend-Essen und darauf folgender Ball im grossen Saale des Königs von Ungarn. Beginn Punkt 1/8 Uhr. Der Vorstand. [1315]

Warschau-Wiener Eisenbahn.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 15. (27.) November 1859 werden die Zeichner der Aktien hier erwiehrt, die fünfte Einzahlung mit Rubel Silber Zehn pro Aktie vom 3. (15.) bis 8. (20.) März 1860 zu leisten. Warschau, den 28. Januar (9. Februar) 1860. [1261] Der Verwaltungsrath der Warschau-Wiener Eisenbahn.

Bier Tausend Thlr. 3 1/2 Proz. Schles. Pfandbriefe Littr. A.

auf Hohen-Lieenthal im Schönauer Kreise, tauschen wir gegen gleichhaltige Pfandbriefe um und zahlen 2 Procent zu. Dypenheim und Schweizer, Ring Nr. 27. [1619]

Für Landwirthe.

Unser frischer weißer und gelber Pferdejahn-Mais ist von Amerika nach Hamburg und Bremen unterwegs und kann Ende März schon ankommen. Wir ersuchen um rechtzeitige Aufträge, und werden die Herren Gebrüder Staats folche für uns annehmen. Berlin, den 28. Januar 1860. J. F. Poppe und Comp. [753]

Wir empfehlen uns zur Annahme von Aufträgen auf amerikanischen Pferdejahn-Mais und landwirthschaftliche Samereien. [753] Breslau, den 30. Januar 1860. Gebrüder Staats, Karlsstraße 28.

Frisch gepresste grüne haarfreie Napsfuchen, sem gemahlene Napsfuchennmehl von bekannter Güte, so wie frische Leinfuchen offeriren sowohl prompt, als auch auf Lieferung in jeder beliebigen Quantität: die Del-Fabriken von Moriz Werther u. Sohn. [934]

Für Landwirthe.

Zu den billigsten Hafenpreisen bei pünktlichster Erfüllung meiner ertheilenden Kontrakt-Versichtungen expedire ich 10 bis 12mal in jedem Monat durch die rühmlichst bekannten Dampfschiffe und Dreimaster, Passagiere nach Nord- u. Süd-Amerika. Auf portofreie und mündliche Anfragen ertheile unentgeltlich Auskunft und Prospekte. [1064] Julius Sachs in Breslau, Karlsstraße 27, Inhaber des königl. preuß. Regierung concess. Auswanderungsbüreau.

Amtliche Anzeigen.

[264] Bekanntmachung. In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Julius Joachimssohn hier, sollen im Termine

den 23. März d. J. Vorm. 9 Uhr im ersten Stock des Gerichtsgebäudes durch den Auktions-Kommissarius Fuhrmann unter Leitung des unterzeichneten Kommissars verschiedene zur Masse gehörige Ausstände, im Gesamtbetrage von ohngefähr 9800 Thlrn., meistbietend gegen sofortige Baarzahlung verkauft werden.

Kauflustige können die Beschreibung dieser Forderung im Bureau XII. einsehen. Breslau, den 17. Februar 1860.

Königl. Stadt-Gericht. Der Kommissar des Konkurses: gez. Fürst.

[265] Bekanntmachung. In dem Kaufmann Robert Beyersehen Konkurs sollen verschiedene zur Masse gehörige Ausstände, im ohngefähren Gesamtbetrage von 1000 Thlr. im Termine

den 24. Febr. d. J. Vorm. 11 Uhr im ersten Stock des Gerichtsgebäudes durch den Auktions-Kommissarius Fuhrmann, unter Leitung des unterzeichneten Kommissars meistbietend gegen sofortige Baarzahlung verkauft werden.

Kauflustige werden hierzu eingeladen. Breslau, den 17. Februar 1860.

Königl. Stadt-Gericht. Der Kommissar des Konkurses: gez. Fürst.

[267] Bekanntmachung. Der Konkurs über das Vermögen des Buchhändlers G. Neubourg hier ist beendet. Breslau, den 15. Februar 1860.

Königliches Stadt-Gericht. Abth. I.

[266] Bekanntmachung. Der Konkurs über das Vermögen des Tabak- und Cigarrenhändlers Meier Landau hier, ist durch Aktord beendet. Breslau, den 15. Februar 1860.

Königliches Stadt-Gericht. Abth. I.

[267] Substitutions-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des hier Nr. 38, der Friedrich-Wilhelmsstraße belegenen, auf 10,151 Thlr. 25 Sgr. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf

den 12. Juli 1860 Vormittags 11 Uhr im 1. Stock des Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in dem Bureau XII. eingesehen werden. Gläubiger, welche einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden. Der Erbschaftsbesitzer Carl Fuchs aus Nitzschendorf und die verm. Hansen oder deren Erben und Rechtsnachfolger werden zu obigem Termine vorgeladen. [88]

Breslau, den 2. Dezember 1859. Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[268] Substitutions-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des hier Nr. 1a, am Holzapf belegenen, auf 10,887 Thaler 3 Sgr. 1 Pf. geschätzten Hauses, haben wir einen Termin auf

den 6. Juli 1860 Vormittags 11 Uhr im 1. Stock des Gerichts-Gebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in dem Bureau XII. eingesehen werden. Gläubiger, welche einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Ansprüchen bei uns zu melden. Breslau, den 1. Dezember 1859. [87]

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[269] Proclama. Die unbekannteten Erben und Erbsberechtigten 1) der am 15. November 1857 zu Schönfeld Kreis Strehlen, verstorbenen Maria Elisabeth Pille aus Weigwitz, Nachlass 23 Thlr.;

2) der am 17. Februar 1858 zu Rebmgraben verstorbenen Maria Elisabeth Scholz, Nachlass 843 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf.;

3) der am 12. Mai 1858 zu Kunersdorf, Kr. Breslau, verstorbenen Anna Wittschke aus Margareth, Nachlass 318 Thlr. 15 Sgr.;

4) des am 4. August 1857 zu Poln.-Gandau verstorbenen Tagearbeiters Gustav Kluge, Nachlass 26 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf.;

5) der am 16. Mai 1858 zu Neudorf-Commende verstorbenen verm. Hauptmann Elisabeth Ringeltaube, verm. gewesenen Verdon, geb. Henschke, Nachlass 839 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf.;

6) des am 23. Mai 1858 in Krieteren verstorbenen Rathsbers Anton Adler, Nachlass 29 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf.;

7) der am 23. Juli 1857 zu Wartheil verstorbenen Anna Rosina Reimann, Nachlass 2 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf.;

8) der am 28. Aug. 1858 zu Zweibrück verstorbenen Anna Elisabeth Lesaint, Nachlass etwa 5 Thlr.;

9) der am 25. Dbr. 1856 zu Demitz verstorbenen Barbara Elisabeth Ginzig, Nachlass etwa 5 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf.;

10) des am 15. Dezember 1857 zu Neutirch verstorbenen Dienstherrschers Carl Schmidt, Nachlass 7 Thlr. 3 Sgr. 6 Sgr.;

11) der am 13. Dbr. 1857 zu Schallau verstorbenen Julie Diebich, Nachlass 116 Thlr. 10 Sgr. 3 Pf. und 5 Stück Pretiosen im Jarmerth von 1 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf.

werden hierdurch aufgefordert, sich binnen neun Monaten, spätestens in dem Termine

den 7. Sept. 1860 Vorm. 11 1/2 Uhr in unserem Gerichtslokale Sitzungszimmer Nr. 3 vor dem Herrn Kreisgerichtsrath Baritz zu melden und ihr Erbrecht nachzuweisen, wozu die Nachlass als herrenlos Gut dem Fiskus zugeprochen und vererbt worden wird. Ein etwa erst nach geschiederer Präklusion sich meldender Erbe muß alle Handlungen und Dispositionen derselben anerkennen und übernehmen, und ist weder Rechnungsfö-

gung noch Ersatz der erhobenen Auslagen zu fordern berechtigt, sondern verbunden, sich lediglich mit dem Vorhandenen zu begnügen. Breslau, den 12. Dezember 1859.

Königliches Kreis-Gericht. Abth. I.

[262] Bekanntmachung. Behufs Verpachtung des Straßendüngers und der Schorrebe, welche auf dem Plage an der Siebenhubener- und Gräbichener-Straße abgeschlagen werden, vom 1. Januar 1860 ab, auf zwei Jahre, haben wir einen neuen Termin angefest auf

Donnerstag den 1. März d. J., Vormittags 11 Uhr, im Bureau VI. Schweidnitzerstraße Nr. 7 im Markthallegebäude.

Die Licitations-Bedingungen sind in der Rathsbieners-Stube zur Einsicht ausgelegt. Breslau, den 15. Februar 1860.

Der Magistrat. Abtheilung VI.

[1324] Soll-Verpachtung. Die einmellige Chaußeegeld-Hebefelle zu Weidewitz, an der Straße von hier nach Friedland, soll vom 1. April c. ab auf drei Jahre weiter verpachtet werden, wozu auf

Donnerstag den 8. März c. Vormittags 11 Uhr im Lokal des hiesigen kal. Landraths-Amtes ein Termin anberaumt ist. Pachtlustige werden zu diesem Termine mit dem Bemerkten eingeladen, daß dabei von jedem Bieter eine Kaution von 100 Thlr. zu erlegen ist; die übrigen Bedingungen können bei unserer Bau-Verwaltung eingesehen werden. Fallenberg, den 17. Februar 1860.

Die ständige Commission für Chauße-Verpachtung. B. v. Kopp. Lange.

[1322] Auktion. Montag den 20. d. M. Vorm. 9 Uhr sollen im Appell.-Ger.-Gebäude Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Möbel, Hausgeräthe und 3 neue Moderatoren und 2 neuw. Schiebelampen, versteigert werden.

Fuhrmann, Aukt.-Kommiss.

[1323] Auktion. Mittwoch den 22. d. M. Vorm. 9 Uhr sollen im Stadt-Gerichtsgebäude Tisch- und Bettwäsche, Kleidungsstücke, Möbel, Hausgeräthe, einige Schnittwaaren und um 11 Uhr 3 Ctr. Blätter-Labale (Pfläzer und Marsville) versteigert werden. Den folgenden Tag wird die Auktion fortgesetzt und am demselben am 10 Uhr ein Billard nebst Zubehör, Wein und andere Nützlichkeiten, so wie 2 Doppelfinten und 1 Scheibenschuß vorzukommen.

Fuhrmann, Aukt.-Kommiss.

[1329] Große Pferde-Auktion. Freitag den 24. d. Mts., Vormittags von 10 Uhr ab, werde ich am Schloß (auf dem Pferdemarkt, Deroorstadt),

50 Stück teierische Arbeits-, Post- und Wagen-Pferde, 4-6 Jahr alt, unter Garantie für gesehliche Fehler, meistbietend versteigern. [1327]

H. Saul, Auktions-Kommiss.

[1320] Ad vocem: Melioration des Düngers

wird es auch für die Herren Landwirthe, welche nicht am Staar leiden, immer mehr zum unabweislichen Bedürfnis: — nicht nur auf, sondern: auch zwischen den Zeilen lesen zu lernen, um sich vor baren plagiatorischen Täuschungen zu hüten. — Daß ihnen aber auch dies kein industriellerlicher Fehler, meißbietend versteigern. [1327]

H. Saul, Auktions-Kommiss.

[1320] Ad vocem: Melioration des Düngers

wird es auch für die Herren Landwirthe, welche nicht am Staar leiden, immer mehr zum unabweislichen Bedürfnis: — nicht nur auf, sondern: auch zwischen den Zeilen lesen zu lernen, um sich vor baren plagiatorischen Täuschungen zu hüten. — Daß ihnen aber auch dies kein industriellerlicher Fehler, meißbietend versteigern. [1327]

H. Saul, Auktions-Kommiss.

[1320] Ad vocem: Melioration des Düngers

wird es auch für die Herren Landwirthe, welche nicht am Staar leiden, immer mehr zum unabweislichen Bedürfnis: — nicht nur auf, sondern: auch zwischen den Zeilen lesen zu lernen, um sich vor baren plagiatorischen Täuschungen zu hüten. — Daß ihnen aber auch dies kein industriellerlicher Fehler, meißbietend versteigern. [1327]

H. Saul, Auktions-Kommiss.

[1320] Ad vocem: Melioration des Düngers

wird es auch für die Herren Landwirthe, welche nicht am Staar leiden, immer mehr zum unabweislichen Bedürfnis: — nicht nur auf, sondern: auch zwischen den Zeilen lesen zu lernen, um sich vor baren plagiatorischen Täuschungen zu hüten. — Daß ihnen aber auch dies kein industriellerlicher Fehler, meißbietend versteigern. [1327]

H. Saul, Auktions-Kommiss.

[1320] Ad vocem: Melioration des Düngers

wird es auch für die Herren Landwirthe, welche nicht am Staar leiden, immer mehr zum unabweislichen Bedürfnis: — nicht nur auf, sondern: auch zwischen den Zeilen lesen zu lernen, um sich vor baren plagiatorischen Täuschungen zu hüten. — Daß ihnen aber auch dies kein industriellerlicher Fehler, meißbietend versteigern. [1327]

H. Saul, Auktions-Kommiss.

Barometer u. Thermometer aller Arten, vom einfachsten bis zum elegantesten, so wie Alkoholometer, Saccharometer, Aräometer und Prober für Kartoffeln, Milch, Cijig, Wein, Bier, Branntwein, Lauge etc., empfehlen zu den billigsten Preisen en gros und en détail: Gebr. Strauß, Hof-Optiker in Breslau, Ring Nr. 52, Raschmarktseite.

Die 23. Auflage. Motto: „Manneskraft erzeugt Muth und Selbstvertrauen, und verbirgt jeglichen Sieg.“ Aertzlicher Rathgeber in allen geschlechtlichen Krankheiten, namentlich in Schwächezuständen etc. etc. Herausgegeben von Laurentius in Leipzig, 23. Auflage. Ein starker Band von 232 Seiten mit 60 anatomischen Abbildungen in Stahlstich. — Dieses Buch, besonders nützlich für junge Männer wird auch Eltern, Lehrern und Erziehern anempfohlen, und ist fortwährend in allen namhaften Buchhandlungen und bei W. Jacobsohn u. Comp. vorräthig.

DER PERSÖNLICHE SCHUTZ. In Umschlag verriegelt. 23. Aufl. Der persönliche Schutz von Laurentius. Thir. 1 1/2 = fl. 2. 24 kr. WARNUNG. — Da unter diesem und ähnlichem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches, so wie andere schlechte Fabrikate in öffentlichen Blättern ausgeben werden, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, das von Laurentius herausgegebene Werk bestellen und bei Empfang darauf sehen, dass es mit dessen vollem Namenssiegel verriegelt ist. Ausserdem ist es das Aechte nicht.

Verkauf eines Mühlen-Etablissements. Ein großartiges, ausgezeichnet schönes Mühlen-Grundstück, von circa 20 Morgen Acker und Wiesen als Zubehör umgeben, unmittelbar dicht an einer belebten Kreisstadt gelegen, mit starker ausdauernder Wasserkraft und gut rentirenden Nebengewerken, soll ganz besonderer Verhältnisse halber, und deshalb unter den billigsten Bedingungen, aus freier Hand mit vollständigem Inventarium, bei mäßiger Anzahlung und festem Hypothekensstand, verkauft werden. Das Grundstück ist neben dem Mühlenbetriebe jeder Ausdehnung für große Fabrik-Anlagen entsprechend, sowohl durch Wasserkraft als Terrainlager; auch rüchlich Kommunikation durch Chaußen mit den naben Einbahnen verbunden. Frankirte Anfragen unter H. H. befördert die Expedition der Breslauer Zeitung. [775]

Von europäischer Berühmtheit. — über den halben Continent verbreitet! — [20] Brust-Pouabon n. Art d. Reglie, v. Sülphorsäure u. Gummi, ganz vorzüglich b. Heilung v. Schnupfen, Husten, Heiserkeit, Katarrh etc. 1/2 Schwachtel 8 Sgr. Breslau Herrenstr. 20 J. F. Ziegler.

Weinhändler Jobach's Konkurs-Masse. Sämmtliche vorhandene Weine, die einen Bestand von noch circa 6000 Flaschen umfassen, und eine reiche Auswahl, sowohl in Roth- als auch Weiß-Weinen, bieten, werden von heute pr. Flasche ab: Tauenzienplatz Nr. 4 im Keller, direkt unter dem früheren Lokal, Eingang vom Tauenzienplatz aus, aus freier Hand verkauft. — Die Preise stellen sich von 7 1/2 Sgr. ab. [1270] Breslau, den 17. Februar 1860. Der gerichtl. Massen-Verwalter.

[396] Pianoforte-Fabrik von Mager freres, in Breslau, Hummeri 17, empfiehlt engl. und deutsche Instrumente zu soliden Preisen.

Die Strohhut-Fabrik von G. R. Laffert in Breslau, Ohlauerstraße Nr. 14, [1613] empfiehlt sich hierdurch zum Waschen, Färben und Modernisiren aller Arten Strohhut- und Bordüren-Hüte. Aufträge werden auch angenommen in meinem Verkaufs-Lokale am Ring vis-à-vis dem goldn. Baum.

Ein unverh. Birthschafts-Beamter sucht zu Ofern oder zu Johanni d. J. einen Posten. Derselbe wird von höchst achtbaren Landwirthen nicht allein wegen seiner Kenntniße, unermüdligen Ausdauer in seinem Berufe und wegen seiner Energie und Thätigkeit empfohlen, sondern weil er mit strengster Gewissenhaftigkeit und anerkannter Rechtschaffenheit das Interesse seines hohen Herrn Gebieters, nach allen Richtungen hin, wahrzunehmen versteht. Als wirklicher Bobentener weiß er selbst einer unantbarbaren Aderkrumme den möglichst zu erzielenden Ertrag abzugewinnen und verkauft dem Eigenthümer aus seinem Besthbum geniß die besten Nevennen, ohne ihn zu kostspieligen Experimenten zu verleiten. Es ist noch ein Landwirth aus der praktischen Schule, welcher jedoch den Fortschritten und Verbesserungen im Gebiete der Oekonomie die höchste Aufmerksamkeit widmete, so ist er z. B. mit sämmtlichen neu erfindenen Maschinen und mit Handhabung derselben vollkommen vertraut, aber auch in theoretischer Beziehung ist er tüchtig, namentlich in der Polzei-Verwaltung, im Rentfabe, und ist im Stande, eine geregelte Buchhaltung zu führen. Ich erlaube mir hiermit auf diese Person ganz besonders aufmerksam zu machen. Auftrag und Nachw.: Kaufm. R. Felsmann, Schmiedebrücke 50. [1317]

Formsteine von allen Gattungen, in bester Güte, werden nach Angabe binnen kurzer Zeit in meiner Fiegelei gefertigt. Ueber die Güte meines Fabrikats beruhe ich mich auf das Zeugniß des Königl. Eisenbahn-Baumeisters Herrn Grayow, welchem ich für den Bau des Stations-Gebäudes der Oberchl. und Breslau-Polener Bahn sämmtliche Formsteine geliefert habe. Löwen bei Brieg, den 13. Februar 1860. [1330] W. Stendel.

Bratwurst zur Fastnacht, frisch wie geräuchert, nach frankfurter und jauerischer Art, empfiehlt in bester Qualität: Traugott Herrmann, Ohlauerstr. 53 u. Neue Taschenstr. 5.

Unglaublich, aber doch wahr! 1 Rieß gutes Concept-Papier von 1 Thlr., 1 Thlr. 6 Sgr., 1 Thlr. 10 Sgr., 1 Thlr. 20 Sgr. bis 2 1/2 Thlr.; 1 Rieß feines Kanzlei-Papier von 1 Thlr. 12 Sgr., 1 Thlr. 15 Sgr., 1 Thlr. 20 Sgr., 2 bis 3 Thlr. empfiehlt die bekante billige Papier-Handlung J. Bruck, Nikolaistraße Nr. 5. [1306]

A. Breuer, Zeugschmied und Brücken-Waagen-Fabrikant, in Breslau, Weißgerberstraße Nr. 30, [1603] empfiehlt sich zur sorgfältigen Anfertigung aller Arten von Brücken-Waagen, ganz nach Straßburger Art gearbeitet, wie auch dergleichen Reparaturen zu den billigsten Preisen.

Moras haarstärkendes Mittel. Eau de Cologne philoome, erfunden von A. Moras und Comp. in Köln, hemmt das Ausfallen der Haare unbedingt, per Flasche 20 Sgr. [1056] Echt zu haben in der Handlung Eduard Groß in Breslau, am Neumarkt 42.

Besonders für Pferdebesitzer! Von den rühmlichst bekanten wollenen Decken aus der Fabrik der Herren Bernhard u. Fränkel in Jiegenhals, welche sich auch zu Schlafdecken sehr gut eignen, empfangt und empfiehlt eine neue Sendung in allen Gattungen, zu den billigsten aber festen Fabrikpreisen. Woilachs vorzüglicher Qualität! [1319] F. Königsberger, neben dem Königl. Haupt-Steuer-Amt in Ratibor.

Zur Tanzmusik Sonntag den 19. Febr. ladet ergebenst ein: [1580] Seiffert in Rosenthal.

Frische Blumenbouquets zu Ballen, empfehle kleine franz. Bouquets zum Cotillon von 3 Sgr., mit einer Camelle von 5 Sgr. pro Stück an, sowie franz. Handbouquets, Saargarnituren mit Brustbouquets, frische Myrtenkränze, Blumenkörbe etc. auf Geschmadvollste arrangirt zu den billigsten Preisen. Für Emballage werden nur Selbstkosten berechnet. [1260] C. W. Schmidt, Kunst- und Handlungsgärtner. Berlin, Friedrichstraße Nr. 168.

Ein Haus mit Schankwirthschaft, Verkaufslokal und Wohnungen in einer der lebhaftesten Gebirgs- und Fabrikstädte Schlesiens, mit reicher Umgebung, sehr vortheilhaft gelegen, besonders für ein Destillations-Geschäft sich eignend, wird von dem jetzigen Besitzer wegen Veränderung des Wohnsitzes zu verkaufen gewünscht. Anzahlung 3—4000 Thlr. Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfragen Herr Carl Groß in Breslau, Albrechtsstraße 59. [1553]

Ein Haus am Markt einer wohlhabenden Kreis- und Garnisonstadt, bestehend aus 8 heizbaren Piesen, worin ein langjähriges und rentables Gold- und Silberwaaren-Geschäft betrieben wurde, welches sich seiner Räumlichkeiten wegen aber auch zu jedem andern kaufmännischen Geschäft eignet, ist bei 6—800 Thlr. Anzahlung veränderungsbalber zu verkaufen. Frankirte Adressen unter A. L. befördert die Expedition der Breslauer Zeitung. [1617]

[880] Hausverkauf. Ein massives, zweistöckiges, gut eingerichtete Wohnhaus mit Stallung, Wagenremisen, Waschküche, großem Boden und Vorrathsräumen, Hof und Garten, biblich angelegt, und reich auf Wein und Obst, ist eines Todes-falles wegen ohne Unterhändler zu verkaufen. Frankirte Adressen unter O. S. befördert die Expedition der Breslauer Zeitung.

Gasthof-Verkauf. Meinen am Markte zu Hannau bequem gelegenen, frequenten und gut eingerichteten Gasthof „zur goldenen Krone“, bin ich geneigt, veränderungsbalber aus freier Hand zu verkaufen. Auf portofreie Anfragen theile ich das Nähere mit. [1297] G. Seidel, Besitzer.

Dreh-Maschinen zur Decorirung in Schaufenstern 2 1/2 Thlr. empfiehlt die Maschinen-Fabrik von Gebrüder Leipziger BERLIN, Kloster-Strasse 49. NB. Bestellungen von Ausserhalb werden gegen Post-Vorschuss oder Franco-Einsendung des Betrages prompt effectuirt.

Lothers Atelier für Photographie-Panotypie u Stereoskop-Portraits Ohlauer Str. No. 9. 3. Etage.

Moras haarstärkendes Mittel. Dieses beliebte kölnische Haar-Wasser vereinigt alle Vorzüge der bis jetzt bekanten Mittel, reinigt die Haut von den Schuppen, stärkt den Haarwuchs und verhindert das Ausfallen der Haare. Preis der Flaschen 20 u. 10 Sgr. Köln. A. Moras & Co. In Breslau bei Hrn. S. G. Schwartz, Ohlauerstraße 21, zu haben. [1286]

Die Milchpacht. Die Milch auf dem hiesigen Amte ist entweder bald oder zum 1. April d. J. zu verpachten. [1590] Steine bei Breslau, den 16. Februar 1860. Königl. Domänen-Amt.

Die Milchpacht auf dem Dom. Simsdorf bei Breslau ist bereits vergeben. [1650]

Cotillon-Orden für Herren 100 Stück 1 Thlr., Cotillongeschenke für Damen das 100 Stück von 1 1/2 Thlr. angehend, empfehlen in ganz neuer Art: Hübner u. Sohn, Ring Nr. 35, 1 Treppe, an der grünen Möhre, Eingang durch das Hutmagazin des Herrn Schmidt. [1325]

